Europäische Normung in der Diskussion.... S. 12

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

12

2011

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

CDU-Parteitag enttäuscht die Mitte

INTERNET

Neue TOP-Level Domains

SERVICE

Aktuelle Urteile

Alle Jahre wieder ...

Damit die Firmenfeier nicht zum Flop wird

DAMIT KOMMEN SIE BEI IHREN KUNDEN NOCH BESSER AN.

Der BMW 3er Touring verbindet seinen dynamisch-eleganten Auftritt und die herausragenden Fahreigenschaften mit extrem hoher Wirtschaftlichkeit. Denn mit dem vielfach ausgezeichneten Technologiepaket BMW EfficientDynamics für weniger Verbrauch und mehr Fahrfreude ist er besonders günstig im Unterhalt. Businesskunden kommen zudem in den Genuss umfangreicher Zusatzleistungen: Beim BMW Service Leasing für Businesskunden sind Inspektionen, Wartung und etwaige Reparaturen in den attraktiven Leasing-Konditionen inbegriffen.* So können Sie sich ganz auf Ihre Kunden – und das Fahren – konzentrieren. Informationen finden Sie unter **www.bmw.de/businesskunden,** detaillierte Angebote erhalten Sie bei Ihrem BMW Partner.

DAS SERVICE- UND MOBILITÄTSLEASING FÜR BUSINESSKUNDEN.

BMW EfficientDynamics
Weniger Verbrauch. Mehr Fahrfreude.

BMW 3er Touring: Kraftstoffverbrauch kombiniert: 8,8–4,3 l/100 km. CO_2-Emission kombiniert: 206–114 g/km.
Als Basis für die Verbrauchsermittlung gilt der ECE-Fahrzyklus. Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

*Das Angebot ist gültig bei Abschluss eines Leasingvertrages über einen BMW 3er Touring mit der BMW Bank GmbH.
Gilt für die Laufzeiten 24 und 36 Monate sowie eine maximale Laufleistung von 150.000 km. Stand: 10/2011.

DAS ENDE DES SOZIALMODELLS EUROPA IST IN SICHT

„Wir verzagen nicht, wir jammern nicht, wir nörgeln nicht!“ hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag in Leipzig gesagt. Warum auch sollten wir verzagen, denn Deutschland ist wirtschaftlich bestens aufgestellt: die Industrie exportiert tüchtig, die Beschäftigung hat kräftig aufgeholt, und die Einnahmen für den Fiskus steigen. Nur eines fehlt überraschenderweise: Die politische Rendite für die Union. Die Wahlniederlagen und die Umfragen wollen so gar nicht zur wirtschaftlichen Lage passen.

Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

Es berührt schon merkwürdig, dass sich der Parteitag in Leipzig mit diesem Paradox in keinster Weise beschäftigt hat. Stattdessen wurde zu viel Aufmerksamkeit und Kraft mit der Frage vergeudet, ob Deutschland einen staatlichen Mindestlohn benötigt. In einer solchen Debatte kann die Union niemals gewinnen, weil es bei der Linken immer noch jemanden gibt, der mehr bietet: 7,50 oder 8,25 oder sogar 9,34 Euro. Dabei geht es nur um rund 30.000 bis 50.000 wirklich Betroffene bei einer Beschäftigtenzahl von 45 Millionen Menschen. Die Mindestlohndebatte war deshalb überflüssig und keineswegs zielführend.

Statt über Mindestlöhne zu diskutieren, sollten wir uns Themen zuwenden, die zur Kernkompetenz der Union gehören. Dies ist insbesondere die Energiepolitik, die aufgrund des plötzlichen Atomausstiegs vor gewaltigen Herausforderungen steht. Dabei geht es nicht nur um steigende Energiekosten, mit denen die privaten Haushalte belastet werden, sondern vor allem um die Frage, ob Deutschland als Industriestandort zukünftig eine Chance hat oder nicht. Der Leipziger Parteitag jedenfalls, damit kann man das Urteil über ihn abkürzen, hat uns in dieser Frage nicht voran gebracht.

Deutliche Zweifel bestehen auch, ob die auf dem Parteitag zur Europapolitik gefassten Beschlüsse realistische und nachhaltige Antworten gegeben haben. Angela Merkels Glaubenssatz Wenn der Euro scheitert, dann scheitert auch Europa ist weder richtig noch hilfreich und verschleiert das wirkliche Problem: Die europäische Krise ist nur vordergründig ein Problem des Euro. Im Kern handelt es sich um eine Schuldenkrise von Euroländern mit unsolider Haushaltsführung und mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit.

Das Konzept der Rettungsschirme bedarf deshalb der grundlegenden Prüfung, weil überschuldete Staaten mit immer neuen Schulden nicht gerettet werden können. Inzwischen ist auch der Rettungsschirm EFSF selbst zum Problemfall geworden; sein tatsächliches Rating befindet sich im Sinkflug. Er ist notleidend und findet immer weniger Kapitalgeber. Das Vorhaben, den Rettungsschirm auf eine Billion Euro zu „hebeln“, ist also Makulatur. Fakt ist stattdessen, dass Deutschland mit 350 Milliarden Euro haftet, Griechenland weitere Mittel benötigt und der EFSF Italien nicht retten kann.

Es besteht die konkrete Gefahr, dass die Rettungseuropäer in dieser Situation auf die Europäische Zentralbank (EZB) als Gelddruckmaschine zurückgreifen, um die Zahlungsfähigkeit notleidender Euroländer zu sichern. Damit würde das Erbe der Deutschen Bundesbank, Hüter der Geldwertstabilität zu sein, endgültig zu Grabe getragen. Doch welche Alternative gibt es?

Der Parteitag in Leipzig hat erfreulicherweise festgestellt, dass Europa keine Schulden-, sondern eine Stabilitätsunion sein soll. Wenn dies kein leeres Versprechen bleiben soll, folgt daraus zwingend, dass nur solche Länder Mitglied der Euro-Zone sein können, die über die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit und notwendige Haushaltsdisziplin verfügen. Länder ohne diese Voraussetzungen müssen aus der Eurogemeinschaft ausscheiden. Leider hat sich der Parteitag nur für einen ersten Schritt, nämlich den freiwilligen Austritt, entschieden. Notwendigerweise müsste der zwangsweise Ausschluss als zweiter Schritt folgen.

Sicher ist in jedem Fall, dass es mit dem Sozialmodell Europa , das in den Köpfen vieler Verteilungspolitiker weiter herum spukt, erst einmal vorbei ist. Die Zukunft gehört einer Politik, die den Schuldenländern wieder auf die Beine hilft, und ihnen neue Prosperität bringt, weil sie Leistung belohnt und staatliche Ausgabendisziplin in den Vordergrund stellt. Verteilen ist in Europa out. Verdienen ist in. Dies gilt für alle, auch für Deutschland.

Das für die CDU Tröstliche daran: Die Fakten und fiskalischen Zwänge werden uns sehr schnell wieder dahin zurückbringen, wo es einmal hoffnungsvoll begann: nach Leipzig 2003. Und dann gibt es wieder einen Kompass, wirtschaftliche Kompetenz und die Kraft zum Neubeginn.

Die Seite-4-Karikatur

Drehwurm

Weisheiten / Bosheiten

Rat suchen wir, wenn wir die Antwort schon haben, aber nicht wahrhaben wollen
Erica Jong, amerik. Schriftstellerin

Persönlich hält es doch keiner länger als fünf Minuten auf einem Standpunkt aus
Martin Walser, Schriftsteller

In einer dirigierten Wirtschaft leben nur die Dirigenten gut
Zarko Petan, slowenischer Autor

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren
Benjamin Franklin, US-Staatsmann

Solange man selbst redet, erfährt man nichts
Marie von Ebner-Eschenbach, österr. Schriftstellerin

Beamte verstehen alles, nur keinen Spaß
Edmund Kreuzer, Journalist

Es ist sehr gefährlich, zuzuhören. Hört man zu, kann man überzeugt werden, und wer sich durch ein Argument überzeugen lässt, ist ein von Grund auf vernünftiger Mensch
Oscar Wilde

Gewöhne dich, auf die Rede eines anderen genau zu achten, und versetze dich so viel wie möglich in des Redenden Seele
Marc Aurel

Lass andere darüber klagen, dass die Zeit schlecht ist; ich klage darüber, dass sie erbärmlich ist, denn sie ist ohne Leidenschaft
Sören Kierkegaard

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, *„Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“*

Wir bringen Kinder aus dem Häuschen.

Es gibt Spannendes zu entdecken in der schönen Natur unserer Region. Auch Kinder aus Ihrem Kindergarten oder Ihrer Schule können die Tier- und Pflanzenvielfalt hautnah erleben. Melden Sie Ihre Gruppe einfach für die kostenfreien Programme mit unserer Biologin und unserer Tierreferentin an. Die Kinder werden begeistert sein. Anmeldung und Infos finden Sie auf unserer Homepage.

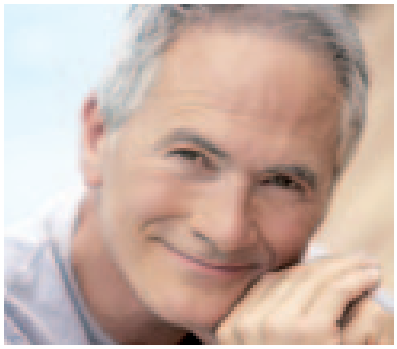
Aktiv für die Region.
Fraport. Die Airport Manager.

www.aktivfuerdieregion.fraport.de

FRA

Fraport

WEISSER RING
Wir helfen Kriminalitätsopfern.



„Dank der Hilfe des WEISSEN RINGS kann ich wieder lachen.“
Michael M.

Wir helfen Kriminalitätsopfern!

Helfen Sie uns helfen!

Spendenkonto 34 34 34
Deutsche Bank Mainz
BLZ 550 700 40

Auch ich/wir wollen etwas tun. Ich/wir möchten gerne Mitglied im WEISSEN RING werden. (Monatlicher Mindestbeitrag € 2,50, Ehepaare € 3,75, Jugendliche € 1,25.)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Unterschrift:

WEISSER RING e. V.
Weberstraße 16
55130 Mainz
www.weisser-ring.de

POLITIK

3 Editorial
Der wiedergewählte MIT-Bundesvorsitzende Josef Schlarmann kommentiert die Ergebnisse des CDU-Parteitags von Leipzig

8 CDU-Parteitag mit Licht und Schatten
Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn wurde zwar verhindert, das wirtschaftspolitische Profil der CDU trübte sich jedoch weiter ein. Die Union machte einen weiteren Schritt auf Grüne und SPD zu

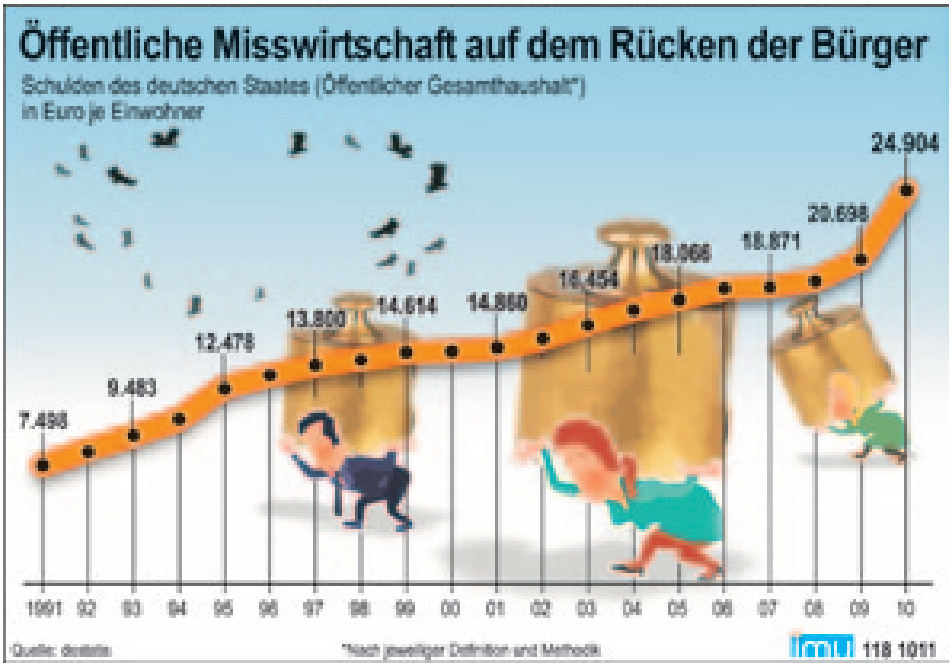
12 Die Zukunft der Europäischen Normung
Ab 2013 soll es einheitliche Normvorschriften innerhalb der EU geben. Ein Vorschlag der Kommission dazu befindet sich zur Zeit in der Diskussion

UNTERNEHMEN

14 Wir verkörpern den guten Unternehmensbürger
Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der FRAPORT AG, Stefan Schulte, zum gesellschaftlichen Engagement seines Unternehmens

15 Gutes tun nach Vorschrift?
Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung (CSR – Corporate Social Responsibility) gehört im Mittelstand traditionell zum guten Ton. Dazu braucht es keine Verordnungen und Gesetze – schon gar nicht aus Brüssel

18 Alle Jahre wieder ...
... kommt nicht nur das Christuskind, sondern auch die unvermeidliche Mitarbeiter-Weihnachtsfeier. Doch, was, wenn der Saal besetzt, das Essen versalzen und die Kapelle mies gestimmt ist?



20 **Neue Markenwelten im Internet**
Neue Top Lever Domains stehen vor der Tür. Wir sagen Ihnen, wann, wie Sie darankommen und wie teuer es wird

SERVICE

21 **Unsere Bücher-Seite**
... für Sie quergelesen

23 **AUTO-Tests**
Jaguar XJ und Freelander 2

24 **Recht im Gespräch**

25 **Aktuelle Urteile**

MIT-INSIDE

28 **MIT-Bundesdelegiertenversammlung in Deggendorf**

26 **Interview mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg**

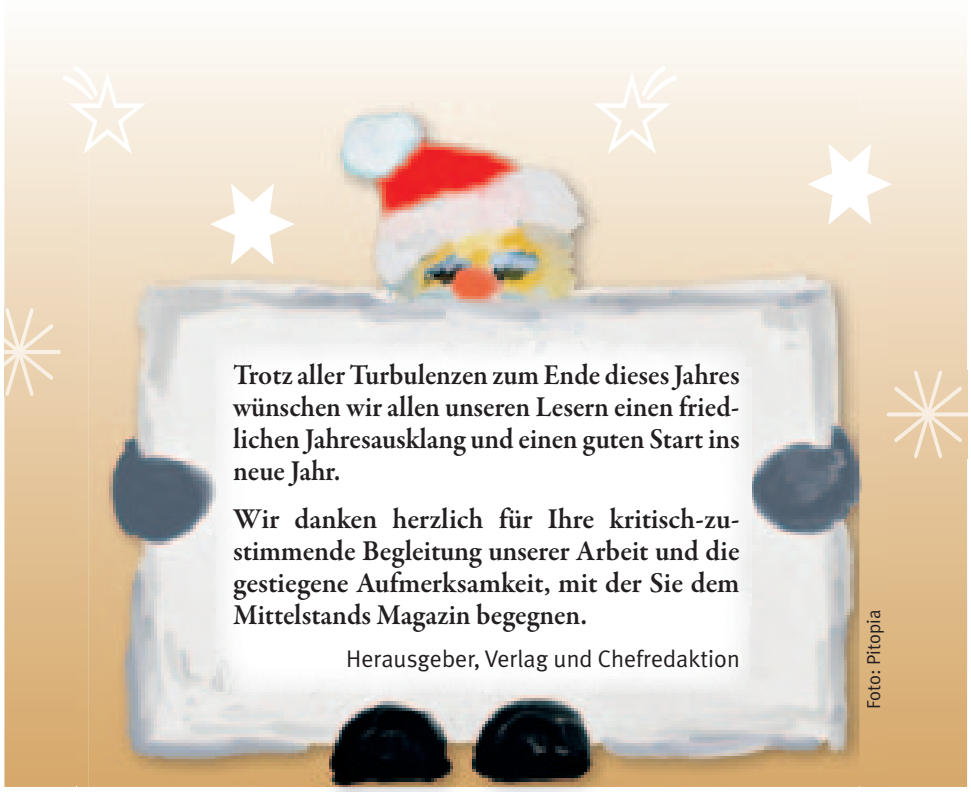
27 **MIT-Inside**

31 **MU-Inside**

33 **Glosse: Frühstück im Hotel**

34 **Baustelle Berlin**
Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

34 **Impressum**



Trotz aller Turbulenzen zum Ende dieses Jahres wünschen wir allen unseren Lesern einen friedlichen Jahresausklang und einen guten Start ins neue Jahr.

Wir danken herzlich für Ihre kritisch-zustimmende Begleitung unserer Arbeit und die gestiegene Aufmerksamkeit, mit der Sie dem Mittelstands Magazin begegnen.

Herausgeber, Verlag und Chefredaktion

Foto: Pitopia

www.dahw.de

JEDER-KANN-EIN-RETTER-SEIN.de

Jeden Tag sterben weltweit **5.000 Menschen** an Tuberkulose.

Jedes Jahr erkranken weltweit **250.000 Menschen** neu an Lepra.

Spendenkonto 96 96
BLZ 790 500 00

Mariannhillstr. 1c
97074 Würzburg
Tel: 0931 7948-0
E-Mail: info@dahw.de

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI
DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

DAHW
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

Foto: MIT

MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann beteiligte sich mit einem kritischen Beitrag an der Diskussion auf dem CDU-Parteitag am 14./15. November in Leipzig. Die „Mindestlohndebatte" bezeichnete er als „strategischen Fehler". Man habe zwar die Kuh vom Eis bekommen, sie hätte aber erst gar nicht aufs Eis getrieben werden dürfen

CDU-PARTEITAG IN LEIPZIG

Wirtschaftspolitik mit Licht und Schatten

Insgesamt elf Anträge hatte der MIT-Bundesvorstand zum CDU-Parteitag am 14./15. November in Leipzig eingebracht. Alle Anträge erhielten die Zustimmung oder wurden zur weiteren Beratung an die zuständigen Gremien, wie etwa die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion oder an die CDU-Bundesfachausschüsse überwiesen.

Für den Wirtschaftsflügel standen der Antrag zur Europapolitik und der Beschluss zum Mindestlohn im Mittelpunkt des Interesses. Letzterer wurde durch eine Intervention der Bundeskanzlerin in letzter Minute entschärft (Formulierung siehe Kasten). Wenngleich die MIT dieser Kompromissformel zustimmte, spotteten viele Mittelständler über diese Art von „Folklore-Politik", die man für gerade einmal 30.000 bis 50.000 Betroffene veranstalte und mit der man politisch „keinen Blumentopf" gewinnen könne. Allenfalls verwässere sich das Profil der CDU weiter („Das wirtschaftspolitische Profil der CDU ist zwischen Leipzig I und Leipzig II auf der Strecke geblieben"; schrieb die Zeitung DIE WELT über den Vergleich der beiden Parteitage 2003 und 2011).

Für das CDU-Europakonzept „Starkes Europa - Gute Zukunft für Deutschland" hat die MIT mit ihrer Europa-Kommission unter dem Vorsitz von Markus Pieper wichtige Bausteine geliefert. Alle Änderungsanträge der MIT fanden auf dem Parteitag Berücksichtigung. So konnten beim Europäischen Stabilitätsmechanismus die Forderungen nach einer zeitlichen Befristung der Programme und regelmäßige Kompetenzüberprüfungen durch den Bundestag durchgesetzt werden.

Für große Aufmerksamkeit sorgte der MIT-Antrag für eine Austrittsoption aus dem Euroraum. Im verabschiedeten Leitantrag heißt es jetzt: „Sollte ein Mitgliedsstaat der Währungsunion dauerhaft nicht willens oder in der Lage sind, die mit der gemeinsamen Währung verbundenen Regeln einzuhalten, kann er freiwillig aus der Eurozone

ausscheiden, ohne die Europäische Union zu verlassen. Er wird den anderen Mitgliedern gleichgestellt, die nicht die Währung Euro haben." Für Formulierungen mit schärferen Ausschlussoptionen fand sich keine Mehrheit.

Die mittelständischen Unternehmer begrüßten die grundsätzliche ordnungspolitische Ausrichtung des Europapapiers. So präzisiert der Leitantrag die strikten Auflagen der Rettungsprogramme, die weitergehende Regulierung der Finanzmärkte und betont die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Auch die Forderungen nach einer stärkeren europäischen Integration der Finanz- und Wirtschaftspolitik mit mehr EU-Kompetenzen fanden die Zustimmung der Wirtschaftsvertreter. Dies umso als sich der Parteitag an anderer Stelle endlich einer Dauerforderung der MIT anschloss: Der Forderung nach einem unabhängigen EU-Normenkontrollrat zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Dieses Gremium soll am Anfang europäischer Gesetzgebung bewerten, ob die EU dafür überhaupt die notwendigen Kompetenzen hat. So müssen Regelungen zu Mindestlöhnen, sozialer Verantwortung von Unternehmen, Mutterschutz oder Frauenquoten in der Wirtschaft aufgrund der Sachnähe und des im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzips in der Verantwortung der Nationalstaaten verbleiben.

Nachhaltige Arbeitsmarktpolitik

Der Parteitag stimmte mit großer Mehrheit der MIT-Forderung zu, dass Rahmenbedingungen zu schaffen sind, „in denen insbesondere der Mittelstand seine Leistungsfähigkeit entfalten kann. Dabei kann auch durch Flexibilisierung mehr Beschäftigungssicherheit und Chancen für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist Sache der Tarifpartner, dies auf dem Weg variabler erfolgs- und ergebnisorientierter Entgeltbestandteile oder in Form größerer Handlungsspielräume bei der Gestaltung von Arbeitszeiten und Entgelten zu unterstützen." (Beschluss C 11)

Es konnte verhindert werden, dass die Forderung des Arbeitnehmerflügels eine Mehrheit fand, die Möglichkeiten für befristete Beschäftigung einzuschränken. Die MIT hatte sich in ihrem Antrag gegen einen solchen Vorstoß deutlich positioniert. Der Parteitag folgte mit großer Mehrheit dem Beschlusstext: „Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass ausreichende gesetzliche Möglichkeiten für befristete Beschäftigung erhalten bleiben. Das erhöht die Erwerbschancen gerade vieler Geringqualifizierter und öffnet Unternehmen die notwendigen Spielräume für flexible Beschäftigung." (Beschluss C 1)

Fachkräftemangel konsequent begegnen

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, folgte der Parteitag der MIT-Forderung und beschloss: „Wir werden die Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem internationalen Arbeitsmarkt fördern, wo diese auf dem heimischen Arbeitsmarkt fehlen und dies im Interesse beispielsweise der Wissenschaft oder der Wirtschaft nötig ist. Jede Form von ungesteuerter Zuwanderung lehnen wir ab." (Beschluss C 11)

Konsequente Haushaltskonsolidierung

Der MIT ist es schließlich gelungen, einen wichtigen Beschluss des Parteitages zur zukünftigen Steuerpolitik herbeizuführen: „Neben dem Ziel der Haushaltskonsolidierung darf das Ziel der Steuergerechtigkeit und Steuervereinfachung nicht aus den Augen verloren werden. Vielmehr hält die CDU daran fest, die kalte Progression zu mindern und mittelfristig abzuschaffen, sobald wir uns die notwendigen haushaltspolitischen Spielräume erarbeitet haben. Die einfache Vorstellung der Sozialdemokraten und anderer linker Parteien, leeren Kassen mit weiteren Verschuldungsprogrammen und Steuererhöhungsmaßnahmen zu begegnen, lehnt die Union konsequent ab. Wir erteilen den neuesten Steuererhöhungsplänen der SPD und Grünen zur Anhebung des Spitzensteuersatzes und zur Einführung einer Vermögensteuer eine klare Absage." (Beschluss C 15)

DER BESCHLUSS ZUR LOHNUNTERGRENZE

„Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn."

Kritiker sehen darin alles andere als eine „marktwirtschaftliche Lösung", denn die Tarifparteien, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, sind nahezu unisono für den Mindestlohn, weil sie sich durch ihn billigere Konkurrenz vom Leibe halten möchten. Wer also ihnen die Ausgestaltung der neuen Lohnuntergrenze, die eigentlich nach Branchen und Regionen differenziert ausfallen sollte, überlässt, der macht den Bock zum Gärtner.

Günter Kohl/Astrid Jantz

Gäste und Gespräche am Stand der MIT

Zahlreiche Parteitags-Teilnehmer besuchten den Stand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, der direkt am Eingang zum Pressezentrum gelegen war.

MIT-Ehrenvorsitzender Peter Rauen (links), MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen (2. v. rechts) und der neue Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Christian Freiherr von Stetten, MdB

Hildegard Müller (von links), Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, Josef Schlarmann und Julia Klöckner (CDU), Oppositionsführerin im rheinland-pfälzischen Landtag

Auch Friedrich Merz (rechts), einstiger Hoffnungsträger des Wirtschaftsflügels, schaute am Stand vorbei

Mindestlohn-Verfechterin Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (von links), Josef Schlarmann und die beiden stellv. MIT-Bundesvorsitzenden Dorin Müthel-Brenncke und Oswald Metzger

Aktionen am Stand

Unter der Schlagzeile „Der Kopf des deutschen Mittelstands“ konnten sich Besucher des MIT-Standes fotografieren und ihr Konterfei in ein nicht ganz ernst gemeintes Titelblatt des MittelstandsMagazins eindrucken lassen. Einige hundert Gäste machten davon Gebrauch.

BlueMotion Technology für weniger Verbrauch und weniger CO_2. Unsere Mission: weniger Emission.

Im Job sorgen Sie für Wirtschaftlichkeit. Warum nicht schon auf dem Weg dahin? Ab jetzt gibt es alle Volkswagen Nutzfahrzeuge mit BlueMotion Technology: den Amarok, den Crafter, den Caddy® und den Transporter. Hinter dieser Innovation stecken clevere Ideen wie das Start-Stopp-System, intelligentes Energiemanagement, rollwiderstandsoptimierte Reifen und die Bremsenergie-Rückgewinnung. Sie senken den Verbrauch, sorgen für weniger CO_2 und helfen beim Sparen. Und das schon vor der ersten Fahrt: BlueMotion Technology ist günstiger, als Sie denken. Ganz und gar kostenlos ist übrigens eine Probefahrt. Ihr Volkswagen Nutzfahrzeuge Partner freut sich auf Sie.

Erleben Sie die Volkswagen Nutzfahrzeuge auf Ihrem Smartphone: mit VW seeMore.

1. seeMore gratis im AppStore oder Android Market laden und installieren.
2. App starten, die Kamera Ihres Smartphones über das Anzeigenmotiv halten und mehr über BlueMotion Technologies erfahren.

Think Blue.

Nutzfahrzeuge

Der Produktname Caddy® ist eine eingetragene Marke von Caddie S.A. und wird von Volkswagen Nutzfahrzeuge mit freundlicher Genehmigung von Caddie S.A. benutzt. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

Die Zukunft der Europäischen Normung

Europäische Kommission legt den Entwurf einer Verordnung vor

*Von Sibylle Gabler**

Am 1. Juni 2011 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für die Verordnung zur europäischen Normung und zur Veränderung bestehender Richtlinien vorgelegt. Den Verordnungsentwurf begleiten eine Folgeabschätzung und eine Mitteilung der Europäischen Kommission mit dem Titel „Eine strategische Vision der europäischen Normung: Weitere Schritte zur Stärkung und Beschleunigung des nachhaltigen Wachstums der europäischen Wirtschaft bis zum Jahr 2020."

Europäische politische Entscheidungsträger haben den enormen Nutzen der europäischen Normung für den Europäischen Binnenmarkt, die Innovationskraft und Exportfähigkeit der europäischen Wirtschaft sowie Sicherheit und Schutz der Bürger erkannt und wollen Normung in Zukunft verstärkt zur Durchsetzung politischer Ziele nutzen. Dies wird in den Leitinitiativen zur Innovationsunion, Digitalen Agenda und Integrierten Industriepolitik, sowie der Binnenmarktakte deutlich, welche Teil der Wachstumsstrategie 2020 für die Europäische Union sind.

Das DIN hat im gesamten politischen Meinungsbildungsprozess der letzten zwei Jahre, welcher dem Entwurf der Verordnung vorausging, intensiv mitgearbeitet. Es hat dabei als aktivste Normungsorganisation in Europa Verantwortung sowohl gegenüber den interessierten Kreisen in Deutschland als auch gegenüber den anderen nationalen Normungsorganisationen übernommen und die Funktionsweise der europäischen Normung und ihre Vorteile und Herausforderungen erklärt. In Deutschland erarbeitete Lösungen für Herausforderungen, wie zum Beispiel die bessere Einbindung von kleinen und mittleren Unternehmen in die Normung, Zugang zu Normen und die frühe Einbindung von Forschungsergebnissen in Normung und Standardisierung wurden dabei präsentiert und als Best practice europaweit angeboten.

Wie der nun vorliegende Entwurf für die Verordnung zur europäischen Normung zeigt, haben die Bemühungen des DIN Früchte getragen. Die politischen Entscheidungsträger konnten davon überzeugt werden, dass die europäische Normung in einem erfolgreich arbeitenden System aufgestellt ist: Das nationale Delegationsprinzip und die Finanzierung der Normung durch den Verkauf der Normen werden nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt.

Wesentliche Inhalte des Entwurfs und ihre Bewertung

Eine wesentliche Neuerung des vorliegenden Entwurfes ist die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf **Dienstleistungen**. Die Europäische Kommission ist der Meinung, dass die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes im Bereich Dienstleistungen durch Normen wesentlich unterstützt werden kann. Die Pläne der Europäischen Kommission, auch im Dienstleistungsbereich Aufträge (Mandate) zur Erarbeitung von Normen zu erteilen, wird von manchen Verbänden in Deutsch-

land kritisch gesehen. Für das DIN geht es beim Thema Dienstleistungen - wie bei allen anderen Normungsthemen auch - entscheidend darum, dass das Normungsprojekt Relevanz für die interessierten Kreise hat und dass der Grundsatz der Freiwilligkeit gewahrt bleibt. In diesem Zusammenhang macht allerdings Artikel 3 Punkt 5 des Entwurfes Sorgen, in dem es heißt: „Nationale Normungsorganisationen dürfen keine Einwände gegen die Aufnahme eines Gegenstands in das Arbeitsprogramm eines europäischen Normungsgremiums erheben." Nun sind nationale Normungsorganisationen beziehungsweise die in ihnen organisierten Experten der interessierten Kreise aber gerade diejenigen, die in der Lage sind festzustellen, ob ein neues Normungsthema Marktrelevanz besitzt und ausreichend Interesse vorhanden ist, damit es in das Arbeitsprogramm eines Gremiums aufgenommen werden kann. Das DIN wird sich daher dafür einsetzen, dass dieser Punkt gestrichen wird.

Die Autoren des Entwurfs wollen bei der **Beteiligung von Interessengruppen** bei europäischen Normungstätigkeiten, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen ein Defizit ausgemacht haben. Gelöst werden soll das durch Beteiligung von Organisationen, die kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Verbraucher und Umweltinteressen sowie gesellschaftliche Interessengruppen auf europäischer Ebene vertreten. Aus Sicht des DIN ist diese Regelung vom Grundsatz her nicht kongruent mit dem nationalen Delegationsprinzip. Auf nationaler Ebene haben alle Interessengruppen einen direkten Zugang zu den Spiegelgremien zu europäischen Normungsprojekten und können ihre Meinung in den nationalen Konsens einfließen lassen. Entscheidend für eine qualitativ hochwertige Norm ist zudem der Sachverstand der beteiligten Experten unabhängig davon, welchen interessierten Kreis sie vertreten.
So wird es im Zusammenhang mit Artikel 5 von Bedeutung sein, wie die Organisationen europäischer Interessengruppen es darstellen, sich zum einen fachliche Expertise zu sichern und zum anderen ihre Meinung zu einem Normungsthema durch ihre entsprechende Klientel in den Mitgliedsstaaten legitimieren zu lassen.

Die **Finanzierungsmodalitäten** von mandatierten Normungsprojekten wurden in dem

aktuellen Entwurf flexibilisiert. Die Auszahlung von Pauschalbeträgen ist allerdings an zwei Bedingungen geknüpft: Das die Norm innerhalb einer bestimmten Frist erstellt wurde und dass „KMU, Verbraucherorganisationen, sowie ökologische und gesellschaftliche Interessengruppen (...) in angemessener Weise bei den europäischen Normungstätigkeiten vertreten" sind. Beide Bedingungen sind praxisfremd. Die Bearbeitungszeit einer Norm ist unter anderem von den Zeitressourcen der Experten, der Konsensfindung und der Anzahl der Einsprüche abhängig und kann insofern nicht vorab festgelegt werden. Bei der zweiten Forderung stellt sich die Frage, wer darüber entscheiden soll, ob und wann eine Beteiligung angemessen ist. Die Normungsorganisationen sind verpflichtet, allen interessierten Kreisen den Zugang zur Normung zu verschaffen. Da die Teilnahme allerdings freiwillig ist, können sie nicht sicherstellen, dass sich alle Interessensgruppen auch tatsächlich beteiligen. Durch diese Bedingungen entsteht ein unkalkulierbares Risiko für die Finanzierung der Normungsarbeit.

Generell ist **Schnelligkeit der Normungsarbeit** ein Thema, das die Europäische Kommission im Fokus hat. Das DIN begrüßt dies vom Grundsatz her, denn die DIN-Kundenbefragung hat gezeigt, dass eine Beschleunigung der Normungsarbeit hoch auf der Wunschliste der Experten in den Normungsgremien steht. Politische Entscheidungsträger in Brüssel haben zum Thema Bearbeitungszeiten vielfach noch alte Zahlen vor Augen. So lag die durchschnittliche Erarbeitungszeit von Europäischen Normen im Jahr 2005 bei fast 6 Jahren. Es ist seitdem gelungen, die Erarbeitungszeit auf im Schnitt 25 Monate zu senken. 75 % aller Normungsprojekte in Europa können innerhalb von höchstens 3 Jahren abgeschlossen werden. Das von der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung ausgerufene Ziel ist allerdings noch ehrgeiziger: „Eine Reduzierung der durchschnittlichen Entwicklungszeit von 36 Monaten auf 18 Monate bis 2020."

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es sehr zu begrüßen ist, wenn politische Entscheidungsträger die enorme wirtschaftliche Bedeutung der Normung erkannt haben und sie als Politikinstrument einsetzen wollen. Gerade zur Förderung von Forschung und Innovation kann die Politik durch die Nutzung der Normung wertvolle Impulse setzen. Es muss allerdings stets sichergestellt bleiben, dass Normung freiwillig und marktgetrieben bleibt. Nur so können sich auch in Zukunft Normen großer Akzeptanz erfreuen. Normung als Politikinstrument darf nicht heißen, dass Entscheidungen von den Normungsorganisationen und damit von den Wirtschaftsbeteiligten weg und hin zur Europäischen Kommission verlagert werden, wie es in einigen Teilen des Verordnungsentwurfs der Fall ist.

Es wird also in den nächsten Monaten weiterhin darum gehen, den politischen Entscheidungsträgern, die erfolgreichen Prinzipien der Europäischen Normung - ihre Privatwirtschaftlichkeit, die Freiwilligkeit und das nationale Delegationsprinzip - stetig vor Augen zu führen.

Der vorliegende Verordnungsentwurf geht im Herbst in die 1. Lesung beim Europäischen Parlament. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass die Verordnung im Januar 2013 in Kraft treten wird.

Info: www.din.de

**Sibylle Gabler ist Kommunikationsmanagerin im Deutschen Institut für Normung e.V. in Berlin*

INTERVIEW

Wir verkörpern den guten Unternehmensbürger

Interview mit Dr. Stefan Schulte, Vorstandsvorsitzender der Fraport AG

Herr Dr. Schulte, was bedeutet soziales Engagement für Sie als Unternehmenslenker?

Dr. Stefan Schulte: Soziales Engagement bedeutet für mich und für die Fraport AG, dass wir uns als aktiven Teil der Gesellschaft sehen. Dabei konzentrieren wir uns auf die Region rund um den Flughafen: Sie ist nicht nur der Mittelpunkt unserer wirtschaftlichen Aktivitäten, hier sind wir auch seit mehr als einem dreiviertel Jahrhundert zu Hause. Unsere etwa 19.000 Mitarbeiter kommen größtenteils von hier. Deshalb nehmen wir natürlich auch die gesellschaftlichen Entwicklungen in und um Frankfurt wahr und versuchen als guter Nachbar, im Rahmen unserer Möglichkeiten Gutes zu tun und zur Lösung sozialer Herausforderungen beizutragen.

Wie groß ist dabei der Rahmen Ihrer Möglichkeiten?

Schulte: Fraport verkörpert den guten Unternehmensbürger („good corporate citizen") seit vielen Jahren wie kaum ein anderes Unternehmen. Und gerade weil wir dafür sehr bekannt sind, erreichen uns jedes Jahr extrem viele Unterstützungsanfragen – jedoch können wir leider nicht überall helfen, da unsere Budgets und Arbeitskraft begrenzt sind. Deshalb konzentrieren wir unsere Unterstützung ausschließlich auf das Flughafenumland. Dort stellen wir jährlich 800.000 Euro an Spendengeldern und nochmals über 500.000 Euro für Kleinsponsoring und Kooperationen zur Verfügung.

Welche aktuellen sozialen Herausforderungen hat Ihr Unternehmen identifiziert?

Schulte: Wir sehen einen Betreuungsengpass bei Jugendlichen. Berufstätige Eltern, vor allem Alleinerziehende, können ihre Kinder nicht immer beaufsichtigen. Das wird zum Problem, wenn dadurch eine regelmäßige und gesunde Verpflegung ausfällt, wenn die Kinder sich in kritischen Situationen allein gelassen fühlen. Weiterhin von aktueller Brisanz sind die Themen Integration und Konfliktbewältigung, bei denen wir vor allem die Jugendlichen besser begleiten müssen. Aber auch die älteren Mitmenschen haben wir im Blick, sehen ihr Bedürfnis nach medizinischer Betreuung und Pflege sowie einen bedenklichen Trend zur Altersarmut. Aus diesen Beobachtungen leiten sich die wichtigsten Schwerpunkte für unser soziales Engagement ab.

Was tut Fraport konkret, um auf den beschriebenen Feldern Hilfe zu leisten?

Schulte: Wir unterstützen diverse Einrichtungen und Initiativen finanziell in Form von Spenden, Kooperationen oder Sponsoring. Von der Suppenküche über Krankenhäuser bis hin zu kirchlichen Trägern haben wir eine breite Spanne von Förderengagements. Wir finanzieren medienpädagogische Projekte, bei denen Kinder viel über den Umgang mit der Zeitung lernen und am Ende selbst zu Journalisten werden. Eine groß angelegte Zusammenarbeit startete in diesem Jahr mit der „Arche" in Frankfurt, einem christlichen Kinder- und Jugendwerk. Außerdem verteilen wir seit vielen Jahren kostenlose Trikotsätze an Sportmannschaften, damit die Investition in Trainings- und Spielbekleidung nicht einzelne Interessenten aus finanziellen Gründen vom Teamsport isoliert. Auch bei unserem großen Sport-Sponsoring achten wir auf die gesellschaftliche Komponente. Bei unserem neuen Partner FRAPORT SKYLINERS beispielsweise investieren wir eine fünfstellige Summe in das Projekt „Basketball macht Schule". Es vermittelt Kindern Spaß an der Bewegung und an der Gemeinschaft und bringt ihnen die Bedeutung von gesunder Ernährung und Fair Play näher.

Dr. Stefan Schulte ist Vorsitzender der FRAPORT AG und damit Chef von19.000 Mitarbeitern. Frankfurt ist der drittgrößte europäische und achtgrößte weltweite Flughafen, gemessen am Passagieraufkommen. Frankfurt Airport verzeichnet täglich gut 1.300 Flugbewegungen

Gibt es denn noch weitere, nicht finanzielle Aktivitäten?

Schulte: Man darf nicht vergessen, dass der Airport eine große Job-Maschine ist. In meinen Augen ist das Einstellen von Mitarbeitern – bei Zahlung von Tariflöhnen – die effektivste Form sozialen Engagements. Mit 71.000 Arbeitsplätzen ist der Flughafen Frankfurt die größte Arbeitsstätte Deutschlands. Ausbildung und Weiterqualifizierung werden bei Fraport seit jeher großgeschrieben, im nächsten Jahr steigern wir die Zahl unserer Ausbildungsplätze auf 138. Sehr aktiv sind wir im Engagement gegen Jugendarbeitslosigkeit, damit soziales Ungleichgewicht gar nicht erst entstehen kann. Für Jugendliche, die vorher keine Chance zum Einstieg in die Arbeitswelt bekamen, haben wir das Programm „Jugend mobil" aufgelegt. Eine ähnliche Zielsetzung hat die „Stiftung ProRegion", die wir mit 6,11 Millionen Euro Stiftungskapital ausgestattet haben. Sie hat die Verbesserung des regionalen Ausbildungsplatzangebots – auch außerhalb des Flughafens – zum Ziel. Gefördert werden auch die Integration von schwer vermittelbaren jungen Leuten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie die vorberufliche Förderung der Ausbildungs- und Berufsreife.

Die Fragen stellte Günter Kohl

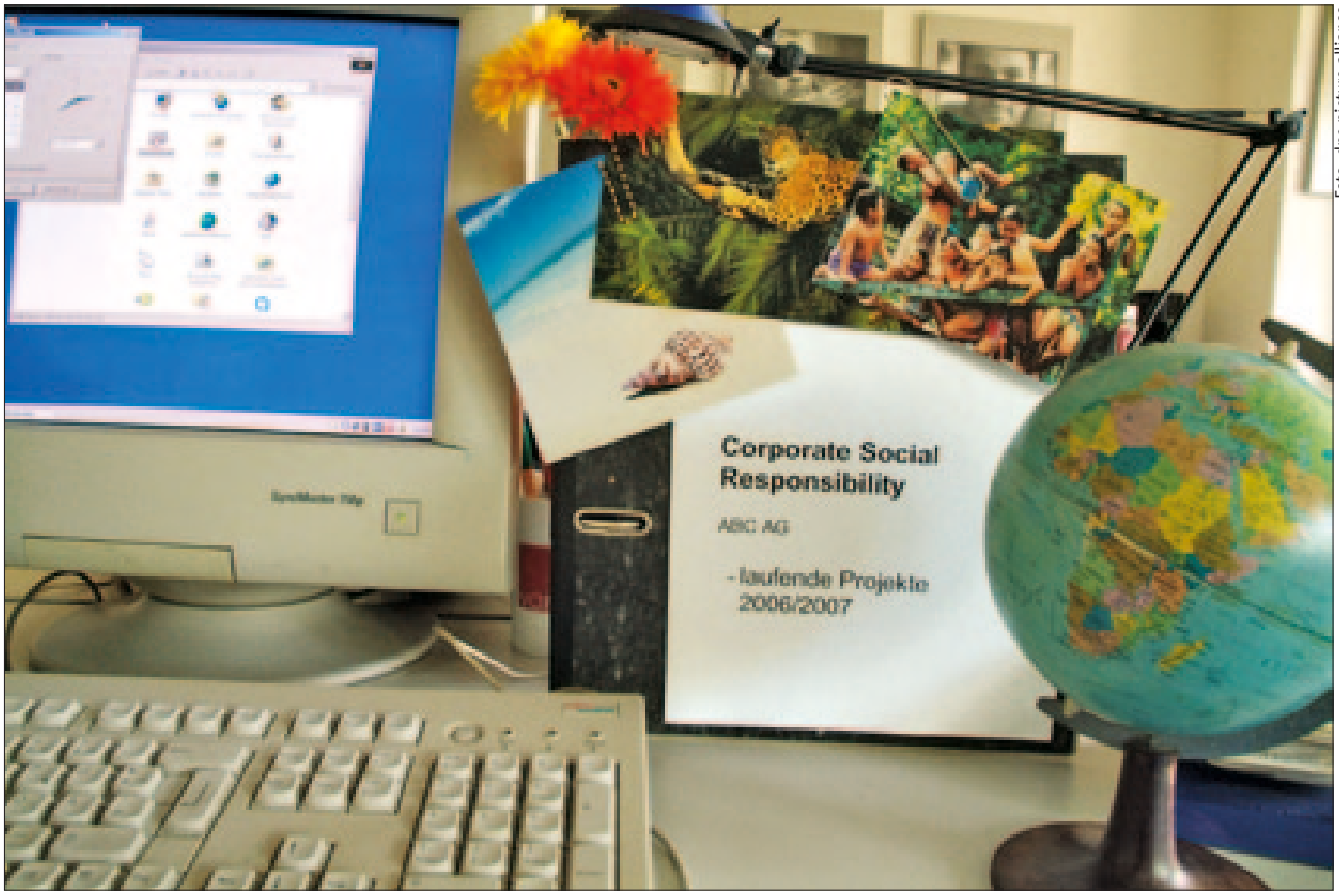


Foto: dpa picture alliance

Nicht nur der Mittelstand wehrt sich gegen Bestrebungen, gesellschaftliches Engagement für Unternehmen verpflichtend zu machen

Gutes tun nach Vorschrift?

Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung gehört im Mittelstand traditionell zum guten Ton. Viele Unternehmer engagieren sich - sei es im Sport, sei es in der Bildung, Kunst und Kultur oder bei der Förderung benachteiligter Jugendlicher. Sollte ein solches Engagement reguliert werden, so wie es seit einiger Zeit vor allem auf europäischer Ebene diskutiert wird? Sollen die Unternehmen außerdem dazu verpflichtet werden, regelmäßige Berichte über ihre Aktivitäten im Bereich Corporate Social Responsability (CSR) zu veröffentlichen? Dr. Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags in Berlin ist dagegen. Im MIT-Gespräch erklärt er, wieso.

Immer wieder gibt es Skandale wie beispielsweise Kinderarbeit bei ausländischen Zulieferern oder Umweltzerstörung. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Zeit waren maßgeblich durch Gier und unverantwortliches Verhalten verursacht. So gesehen, wäre es doch eine gute Sache für die Gesellschaft, wenn Unternehmen die Pflicht zu einem verantwortlichen Umgang mit ihrem Umfeld hätten, oder?

Dr. Achim Dercks: Es ist eine Tatsache, dass die wirtschaftlichen Beziehungen auch bei mittelständischen Unternehmen immer internationaler werden. Selbstverständlich will niemand, dass unser Wohlstand durch Missstände wie beispielsweise Kinderarbeit, unzureichenden Arbeitsschutz oder eine verseuchte Umwelt in anderen Ländern erkauft wird.
Doch es ist in erster Linie Aufgabe der Politik und internationaler Vereinbarungen, dafür zu sorgen, dass entsprechende Mindeststandards nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern gelten und tatsächlich durchgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass sich ein Staat aus zentralen Aufgaben wie beispielsweise Bildung, Gesundheit oder Umweltschutz zurückzieht. Unternehmen können hier bestenfalls unterstützen, die Aufgaben eines Staates jedoch niemals ersetzen. Im Übrigen haben die Firmen ein Eigeninteresse daran, beispielsweise unverantwortliche Kinderarbeit in ihren Lieferketten zu vermeiden.

Inwiefern?

Dercks: Jedes Unternehmen muss nachhaltig Gewinne erzielen, langfristig Kunden und Mitarbeiter an sich binden, um auf Dauer zu überleben. Dieses langfristige Denken ist gerade im Mittelstand ganz besonders wichtig. Und das bedeutet eben auch, dass man sich an die Gesetze und Menschenrechte hält – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Teilen der Welt.

Letztlich ist verantwortliches Verhalten das, was man klassisch mit dem Begriff des „ehrbaren Kaufmanns" beschreiben könnte: Dabei geht es nicht nur darum, Verträge einzuhalten, sondern beispielsweise auch darum, ein fairer Arbeitgeber zu sein und Verantwortung für sein gesellschaftliches Umfeld zu übernehmen. Und genau dieses Leitbild wird ja in den Unternehmen auch gelebt.

Nur durch verantwortliches und langfristig nachhaltiges Wirtschaften bleibt ein Unternehmen glaubwürdig und behält das Vertrauen der Menschen. Egal, wie groß oder klein eine Firma ist, verantwortungsloses Handeln können sich Unternehmen angesichts der immer schnelleren Informationsverbreitung immer weniger erlauben. Ein positives Image ist heutzutage schneller zerstört als jemals zuvor, und die Kunden springen dann sehr schnell ab. Es dauert meist lange und kostet viel Geld, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen.

Gesellschaftliches Engagement sollte also freiwillig sein?

Dercks: Ja, absolut. Unternehmen müssen selbst entscheiden können, wobei und wie intensiv sie sich einbringen. Die überwiegende Zahl der mittelständischen Unternehmen engagiert sich für die Gesellschaft. Dabei geht es keineswegs nur um die sprichwörtlichen Trikots für die örtliche Fußballjugend. Für viele Firmen sind beispielsweise ökologische Aspekte, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die gezielte Förderung benachteiligter Gruppen sehr wichtig. Nach einer Studie des Institutes für Mittelstandsforschung nutzen rund 95 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Corporate Social Responsibility-Strategien. Vielfach ist die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung gerade im Mittelstand ein selbstverständlicher Bestandteil der Unternehmenskultur, den man gar nicht an die große Glocke hängt.

Wie beurteilen Sie die Idee, die CSR-Aktivitäten von Unternehmen verpflichtend durch externe Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen? Würde eine solche unabhängige Prüfung nicht für mehr Vertrauen sorgen?

Dercks: Wirtschaftsprüfer prüfen die Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben und ergänzender Bestimmungen des Gesellschaftervertrags. CSR-Aktivitäten sind dagegen freiwillig und müssen auch freiwillig bleiben. Eine Einbeziehung in die Abschlussprüfung würde nur die Kosten für die Unternehmen erhöhen. Firmen, die ihre Aktivitäten freiwillig anhand internationaler Leitsätze ausrichten und dies durch Dritte überprüfen lassen möchten, können dies ja auch heute schon tun. Da eine solche Zertifizierung natürlich kostenpflichtig ist, muss es die Entscheidung des einzelnen Unternehmens bleiben.

Wäre es dann nicht günstig, Leitlinien oder Standards für die CSR-Aktivitäten von Unternehmen festzulegen? In diese Richtung gehen ja beispielsweise die 2010 veröffentlichte ISO 26000, der geplante Deutsche Nachhaltigkeitskodex oder jetzt ganz aktuell die im Oktober 2011 veröffentlichte CSR-Strategie der Europäischen Kommission?

Dercks: Den breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens zur Freiwilligkeit von Corporate Social Responsibility sollten alle Akteure auch weiterhin respektieren und den bewährten Kurs der vergangenen zehn Jahre engagiert und konstruktiv fortsetzen. Schon heute wenden Unternehmen unterschiedliche Leitfäden zur freiwilligen Nachhaltigkeitsberichterstattung an.
Das vielfältige gesellschaftliche Engagement der Unternehmen darf aber nicht durch eine Verpflichtung zur Berichterstattung konterkariert werden. Das würde die Freiheit der Firmen einschränken, selbst zu entscheiden, wie und wobei sie sich engagieren. Letztlich würde das dazu führen, dass kreative Ansätze und innovative Projekte kaum noch gestartet würden, weil diese womöglich nicht in ein starres Raster der Berichterstattung passen. Außerdem hätten die diskutierten Vorschläge zur Folge, dass ein Unternehmen jedes Jahr einen Bericht erstellen muss, inwieweit es sich an die Empfehlungen des Regelwerks gehalten hat und warum es gegebenenfalls davon abgewichen ist. Auch dies lehnen wir ab.

Dr. Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags in Berlin

Wieso? Würden solche Berichte nicht für mehr Transparenz sorgen?

Dercks: Das wäre ein unglaublicher bürokratischer Aufwand und genau das Gegenteil von Vereinfachung und Bürokratieabbau. Die Unternehmen haben ja schon jetzt umfangreiche Berichtspflichten, es gibt im Durchschnitt rund 9.200 Dokumentations- und Nachweispflichten, die die Wirtschaft jedes Jahr über 40 Milliarden Euro kosten. Weitere Pflichtberichte wären eine zusätzliche Belastung für die Firmen.
Es ist eine unternehmerische Entscheidung, in welcher Form man sein freiwilliges Engagement kommunizieren möchte, um beispielsweise Mitarbeiter zu gewinnen oder Eigenwerbung zu betreiben. Einige Firmen, vor allem Großunternehmen, veröffentlichen detaillierte Berichte über ihre CSR-Aktivitäten. Andere dagegen nutzen ihre Website, Imagebroschüren oder andere Materialien, wieder andere kommunizieren ihr Engagement gar nicht aktiv, weil es sich auch so in der Region herumspricht.

Die Fragen stellte Silke Becker

JUNG v. MATT

Sparkassen-Finanzgruppe

»Sparkassen sind beste Mittelstandsbank.«
(lt. Forsa-Umfrage in der impulse 08/2010)

Wir finanzieren den Mittelstand.

Nutzen Sie das Sparkassen-Finanzkonzept für Firmenkunden.

Managen Sie Ihre Finanzen clever mit dem Sparkassen-Finanzkonzept. Als einer der größten Mittelstandsfinanzpartner bieten wir unseren Kunden kompetente und umfassende Beratung. Von Investitionsfinanzierung über Risikomanagement bis hin zur Nachfolgeregelung: Wir finden für jedes Anliegen die maßgeschneiderte Lösung. Testen Sie uns jetzt! Mehr Infos bei Ihrem Sparkassenberater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Alle Jahre wieder...

Foto: dpa picture alliance

Damit bei der Weihnachtsfeier nicht der Baum brennt: was ist zu tun, wenn etwas schiefgeht?

Weihnachtsfeiern - in vielen Unternehmen gehören sie zum Advent wie Nikolaus und Christbaum. Schön, wenn alles perfekt klappt und das Fest bei den Mitarbeitern für das erwünschte gute Betriebsklima sorgt. Doch wenn die Getränke nicht reichen, das Essen versalzen ist und der gemietete Raum bereits anderweitig belegt, kann die entspannte weihnachtliche Stimmung ganz schnell ins Gegenteil kippen. Was kann man in dieser Situation tun, wie sollte man reagieren?

„Grundsätzlich muss man unterscheiden, ob die vereinbarte Leistung überhaupt nicht erbracht wurde oder ob sie Mängel aufweist", erklärt Rechtsanwalt Harald Rotter aus Köln, zweiter Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Allgemeinanwälte des Deutschen Anwaltvereins. Ist beispielsweise der gemietete Raum nicht frei, wird statt des bestellten festlichen Fünfgangmenüs ein rustikales Bauernbuffet serviert oder erscheint der Zauberkünstler nicht, wurde die Leistung offensichtlich nicht erbracht. Man kann den Vertrag deshalb fristlos kündigen und muss auch nichts zahlen.

Wer in dieser Situation allerdings von der inzwischen eingetrudelten, erwartungsvoll schauenden Belegschaft umringt wird, hat ein echtes Problem. Theoretisch müsste man mit dem hungrigen Team aufbrechen, um auf die Schnelle ein anderes Lokal zu finden. In der Praxis ist das aber kaum möglich. „Meist wird der Anbieter nicht in der Lage sein, die bestellte Leistung umgehend zu liefern, sondern eine Ersatzleistung anbieten", sagt Rotter. Man wird also das unattraktive Buffet oder den ungemütlichen Ersatzraum zähneknirschend annehmen. „Akzeptiert man eine solche Ersatzlösung, ist im Regelfall nur noch eine Preisminderung möglich", so der Jurist. Um spätere Diskussionen über die Rechnung zu vermeiden, sollte man die Sache möglichst direkt vor Ort klären und vereinbarte Preisabschläge schriftlich, zur Not handschriftlich bestätigen.

Rechtsanwalt **Harald Rotter**, Köln

Humor ist Geschmackssache

Wenn die Leistung zwar erbracht wurde, aber die Qualität nicht stimmt, muss man dies umgehend reklamieren und eine Frist zur Behebung des Mangels setzen. Klappt dies nicht, was ja bei solchen Veranstaltungen die Regel sein dürfte, kann man ebenfalls einen Preisnachlass verlangen. „Ohne vorherige Reklamation hat man allerdings keine Möglichkeit, den Preis zu mindern", erklärt Harald Rotter. Auch hier sollte man die Reklamation möglichst (hand)schriftlich vorlegen oder einen Zeugen haben. Gut zu wissen: Mitglieder der Geschäftsführung können keine Zeugen sein, weil sie bei einer eventuellen juristischen Auseinandersetzung eine der beiden Parteien wären. Soweit möglich sollte man die Mängel dokumentieren (z. B. durch Fotos). Idealerweise klärt man auch bei Qualitätsproblemen die Kostenfrage direkt vor Ort, ansonsten so schnell wie möglich. Wie hoch der Preisabschlag ausfällt, hängt einerseits von der Beeinträchtigung, andererseits vom Verhandlungsgeschick ab. Wer nur die Hälfte des Gesamtpreises zahlen will, weil das Bier nicht ganz kalt ist, sieht die Sache mit Sicherheit überzogen. Im Zweifel entscheidet ein Richter.

„Der zentrale Streitpunkt in solchen Fällen ist jedoch die Frage, ob überhaupt ein Mangel vorliegt", so die Erfahrung von Harald Rotter. Verdorbene oder extrem versalzene Speisen, Haare im Essen oder korkender Wein beispielsweise sind klare Mängel. Überwürzte oder zu fade Gerichte oder ein zu schwerer Rotwein dagegen sind Geschmackssache. Man muss also voll zahlen. Auch wenn der als sagenhaft komisch angepriesene Alleinunterhalter in Wirklichkeit ein öder Langeweiler ist, hat man kaum Aussichten, sein Honorar zu reduzieren - Humor ist eben Geschmackssache.

Schadensersatz

Entstehen dem Unternehmen aufgrund der Fehler des Veranstalters zusätzliche Kosten, hat man zudem Anspruch auf Schadenersatz. „Allerdings kann man ausschließlich nachweisbare, finanzielle Schäden geltend machen", so Harald Rotter. Imageschäden oder andere immaterielle Negativfolgen dagegen werden nicht ersetzt.

Erkranken Mitarbeiter durch verdorbenes Essen, kommt es auf die Situation an: Bei Einzelfällen muss man nachweisen, dass genau dieses Essen zu den Beschwerden geführt hat. „Erkranken allerdings viele Mitarbeiter, kippt die Beweislast. Dann muss der Anbieter beweisen, dass sein Essen ok war. In der Regel haben die Erkrankten, nicht jedoch das Unternehmen, einen direkten Schadensersatzanspruch gegenüber dem Anbieter", so Rotter. Werden die Mitarbeiter dadurch allerding arbeitsunfähig, kann auch das Unternehmen Schadensersatz verlangen, etwa für die Lohnfortzahlung.

Silke Becker

DAS FINANZAMT FEIERT MIT

Wird die Feier zu teuer, hält das Finanzamt die Hand auf. Rechtsanwalt und Steuerberater Markus Deutsch vom Deutschen Steuerberaterverband sagt, worauf Unternehmer achten sollten:

Grundsätzlich muss die Feier eine **Betriebsveranstaltung** sein.
Das bedeutet:
- betriebliche Veranstaltung zur Förderung des Betriebsklimas
- vorwiegend geselliger Charakter
- Teilnahme für **alle** Mitarbeiter des Unternehmens/der Abteilung möglich

Der **Unternehmer** kann alle Kosten der Veranstaltung vollständig als Betriebskosten absetzen. Die 70-Prozent-Regel wie bei Bewirtungskosten gilt nicht. Das Finanzamt kann aber kürzen, wenn der Aufwand extrem unangemessen ist. Das ist allerdings praktisch nie der Fall, auch dann nicht, wenn die Feier in einem gehobenen Ambiente stattfindet.

Für den **Mitarbeiter** sind maximal zwei Betriebsveranstaltungen pro Jahr steuerfrei. Er muss für den gesamten Wert der Leistungen Steuern und Sozialabgaben zahlen, wenn die Kosten für Essen, Getränke, Musik, Raum, etc. pro Person und Veranstaltung auch nur einen einzigen Cent über 110,-- Euro pro Person liegen. Feiern Ehepartner & Co. mit, gilt diese Freigrenze für alle Familienmitglieder zusammen, nicht pro Person. Sachpräsente werden in die 110-Euro-Grenze eingerechnet. Geldgeschenke sind immer steuer- und sozialabgabenpflichtig. Wird die Feier teurer, kann der Unternehmer den über 110,-- Euro liegenden Betrag pauschal mit 25 Prozent versteuern, dann ist die gesamte Summe für beide Seiten sozialabgabenfrei und für den Mitarbeiter steuerfrei. Organisieren die Mitarbeiter das Fest selbst, kann der Arbeitgeber steuer- und sozialabgabenfreie Zuschüsse bis 110,-- Euro pro Person zahlen. Verbindet man die Feier beispielsweise mit einer betrieblich sinnvollen Besichtigung o. ä., gilt dieser betrieblich notwendige Teil als Dienstreise. Dann kann man die Kosten splitten. Der Anteil für die Dienstreise ist für den Mitarbeiter immer komplett abgabenfrei.

Steuerberater **Markus Deutsch**

Neue Markenwelten im Internet

Die internationale Domain-Verwaltungsstelle ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) hat entschieden, zusätzliche Adresszonen im Internet einzuführen. Für Unternehmen eröffnen sich dadurch neue Perspektiven beim Vermarkten von Waren- und Dienstleistungsangeboten im Netz. Wer eine eigene Top Level Domain registrieren möchte, braucht jedoch einen langen Atem – und Geld.

Es war eine schwere Geburt. Nach etlichen Verzögerungen ist der Weg zur Einführung der neuen Top Level Domains nun aber endgültig frei. Hierarchisch bilden TLDs, wie sie von IT-Experten kurz genannt werden, die oberste Stufe einer Internet-Adresse. Grundsätzlich lässt sich dabei zwischen 22 generischen TLDs, beispielsweise .COM oder .ORG, und circa 250 länderspezifischen TLDs unterscheiden. Zur zweiten Gruppe gehört auch der Country Code .DE für Deutschland.

Welche Domain-Endungen künftig hinzukommen werden, ist derzeit noch genauso ungewiss wie die genaue Anzahl – die Schätzungen reichen von einigen Dutzend bis hin zu Tausenden neuen TLDs. Klar ist unterdessen, dass sie sich grob in vier Kategorien einteilen:

- Geographische Endungen
- Community-Endungen
- Generische Endungen
- Marken-Endungen

Obwohl bislang lediglich unverbindliche Vorregistrierungen entgegen genommen werden, keine Bestellungen, zeichnet sich eine starke Nachfrage ab. So haben sich für die künftig verfügbare Haupstadt-Kennung .BERLIN schon jetzt weit über 20.000 Interessierte gemeldet. Die Teilnahme am Bewerbungsverfahren steht prinzipiell jedem frei, so dass rein theoretisch alle Firmen und Organisationen die Möglichkeit haben, ihren Hut in den Ring zu werfen. Vom 12. Januar bis zum 12. April 2012 können die Unterlagen offiziell eingereicht werden. Die ICANN entscheidet dann mithilfe eines knapp 350 Seiten dicken Handbuchs („Applicant Guidebook"), ob ein Bewerber den Zuschlag erhält – oder am Ende leer ausgeht.

Für das Prüfverfahren wird mit einer Dauer von acht bis neun Monaten gerechnet. Sollten Probleme auftreten, etwa weil sich mehrere Bewerber um dieselbe TLD streiten, kann sich der Prozess aber auch deutlich verzögern und leicht bis zu zwei Jahre oder länger in Anspruch nehmen. Erwartet wird, dass die ersten neuen Domainnamen frühestens Anfang 2013 registriert werden können.

Thomas Plünnecke von der 1&1 Internet AG beantwortet drei wichtige Fragen:

Für wen ist die Einführung der neuen TLDs interessant?

Grundsätzlich ist die Möglichkeit, zusätzliche Internet-Adressen zu registrieren, natürlich für alle Unternehmen interessant – unabhängig von der Branche oder Größe. Besonders dürfte die Regelung aber ohne Frage denen entgegenkommen, die ihre Corporate Identity stärken wollen, weil sich künftig für jede Marke eine eigene Welt im World Wide Web errichten lässt. Betriebe mit sehr breiter Angebotspalette können beispielsweise den Firmennamen als Domain-Endung wählen und diesen gezielt mit einzelnen Waren oder Dienstleistungen kombinieren.

Mit welchen Kosten müssen Bewerber rechnen?

Allein das Einreichen des Bewerbungsformulars kostet circa 185.000 US-Dollar, also ungefähr 135.000 Euro. Im Verlauf des Bewerbungsprozesses werden weitere Zahlungen fällig – unter anderem für Rechtsberatung, Projektmanagement und Technik. Das kann sich leicht auf bis zu 1 Million US-Dollar summieren. Sollte eine TLD zugelassen werden, müssen je nach Aufwand, etwa 200.000 US-Dollar pro Jahr einkalkuliert werden. Kleinere Unternehmen oder Mittelständler werden solche Beträge kaum stemmen können.

Was empfehlen Sie als Alternative?

Ein Basis-Portfolio mit bereits etablierten TLDs. Wer eine Hauptadresse mit .DE-Endung hat, kann diese etwa um die entsprechenden .COM-, .EU-, .INFO- und .BIZ-Domains ergänzen. Das ist erstens wesentlich preiswerter und schützt zweitens den guten Ruf, da man auf diese Weise verhindern kann, dass sogenannte Cybersquatter einen bekannten Markennamen für ihre kriminelle Machenschaften missbrauchen.

BÜCHER

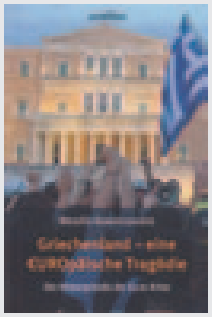
Kapitalismus 4.0
Anatole Kaletsky
Hardcover, 460 S., 34,99 Euro
Finanzbuch Verlag
ISBN 978-3-89879-628-6

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Menschen, Banken, Firmen, ja, ganze Staaten ruiniert. Dennoch: Auch diese folgenschwere Erschütterung ist kein Anlass, den Abgesang auf das System anzustimmen. Denn diese Krise war nicht die erste und wird auch nicht die letzte sein. Der Autor hilft dem Leser mit seinem Erklärungsmodell, die Krise zu verstehen und einzuordnen.

Auf Crash-Kurs
Markus Diem Meier
Geb., 192 S., 21,95 Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05435-2

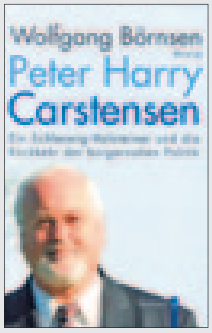
Die Weltwirtschaft kommt seit der Finanzkrise nicht mehr zur Ruhe. Die Stimmung auf den Märkten wechselt zwischen Hoffnung und Panik, die Konjunkturentwicklung bleibt gefährdet, und die Politiker finden kaum noch Antworten und Lösungen, die älter werden als eine Woche. Ein Buch für alle, die verstehen wollen, warum die Weltwirtschaft bereits wieder auf Crash-Kurs ist.

Griechenland – eine europäische Tragödie
Wassilis Aswestopoulos
Geb., 200 S., 24,99 Euro
Ambition-Verlag
ISBN 978-3-942821-10-0



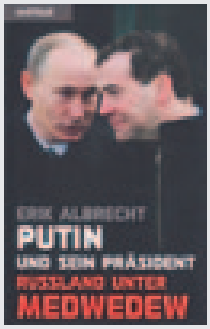
Der Autor, griechischer Journalist, der für zahlreiche führende deutsche Medien schreibt, enthüllt brisante Hintergründe der griechischen Finanzkrise. Er verdeutlicht, warum viele Griechen gegen eine europäische Unterstützung sind. Gleichzeitig warnt er vor der Ausbreitung des finanzpolitischen Virus, der Griechenland und Europa in Atem hält.

Peter Harry Carstensen
Wolfgang Börnsen
Geb., 254 S., 16,80 Euro
Wachholtz Verlag
ISBN 978-3-529-02820-5



„Das Leben ist schön." Wer ihn kennt, den amtierenden schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, den Kanzlerkandidat Stoiber einst nur immer Harry Peter nannte, weil er sich den nordfriesischen Namen seines designierten Landwirtschaftsministers nicht merken konnte, hat diesen Spruch schon häufiger aus seinem Munde gehört. Im Augenblick wohl etwas seltener, wenngleich er mit allen Lebenslagen ganz gut umzugehen weiß. Sein langjähriger Bundestagskollege Wolfgang Börnsen hat ihn porträtiert. Das Buch ist wohl mehr etwas für Insider.

Putin und sein Präsident
Erik Albrecht
Geb., 206 S. 19,90 Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05427-7

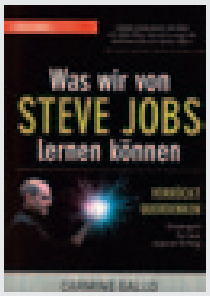


2012 wird Russland wählen. Wer wird das Land führen? Wahrscheinlich wieder Putin, der sich bereits mehr oder weniger zum Präsidenten bestellt hat. Russlandkorrespondent Albrecht liefert einen packenden Bericht über das Land mit seinen großen Problemen: Korruption, Bevölkerungsschwund, Justizwillkür. Ein aufschlussreicher Blick hinter die Kulissen des russischen Machtpokers.

Der Wurm muss dem Fisch schmecken
Brosch. 208 S., 19,90 Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05414-7

Täglich werden Millionen Präsentationen gegeben. Leider meistens falsch, wie die Autoren behaupten. Die Zuhörer langweilen sich, weil sie nicht wissen, worauf der Redner hinaus will. Wie präsentiert man so schmackhaft, dass die Zuhörer anbeißen? Wie präsentiert man mit Witz und Würze? Zwei Meister der Rhetorik und Präsentationstechnik machen es vor.

Was wir von Steve Jobs lernen können
Carmine Gallo
Geb., 320 S., 24,99 Euro
Redline Verlag, ISBN 978-3-86881-302-9



Steve Jobs war Apples Erfolgsgarant. Sein unkonventionelles Denken und die Art und Weise, beinahe im Minutentakt Innovationen zu generieren, zeichneten den Apple-CEO seit Jahrzehnten aus. Bestseller-Autorin Gallo analysiert die sieben einfachen Innovationsgrundsätze von Jobs und erklärt, wie jeder durch Querdenken seine eigene Innovationskraft entfalten kann.

Professioneller Börsenhandel
Erdal Cene
Geb., 552 S., 39,99 Euro
Finanzbuch Verlag
ISBN 978-3-89879-667-5

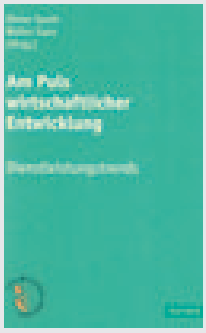
Der Autor, selbst gelernter Börsenhändler, zeigt in seinem Buch, wie man die klassischen Trading-Fallen umgeht und zu einem bewussten und dadurch entspannten Umgang mit dem Auf und Ab des Börsenalltags gelangt. Er erklärt alles, was man beherrschen muss, wenn man mit den Profis mithalten will.

Weitere Buchtipps finden Sie auf Seite 22

Feierabend hab' ich, wenn ich tot bin
Brosch., 220 S., 19,90 Euro
Gabal Verlag,
ISBN 978-3-86936-231-1

Die Unterzeile „Warum wir im Burnout versinken", deutet bereits auf diese neue Phänomen in Wirtschaft und Gesellschaft. Bisher gilt Burnout als Problem des Einzelnen, doch der steht am Ende einer Kette von Fehlentwicklungen: das inhumane System Multitasking, die Entgrenzung des Arbeitslebens, die Illusion des Zeitmanagements, schlecht ausgebildete Chefs und fragwürdige Werte, sagt der Autor.

Am Puls wirtschaftlicher Entwicklung
Geb., 178 S., 34,90 Euro
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-3-446-42584-2

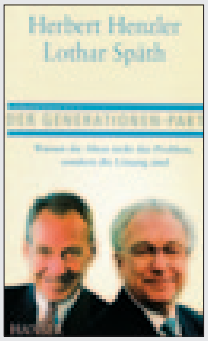


Voraussetzung für exzellenten Service und hervorragende Dienstleistungsforschung ist, internationale Trends aufzugreifen, in neuen Lösungs- bzw. Themenfeldern gezielt die Markt- und Meinungsführerschaft anzustreben und den Wissenstransfer zwischen Forschung, Wirtschaft und Politik voranzutreiben. Das Buch zeigt den aktuellen Stand und fokussiert Perspektiven und neue Themenfelder.

Die besten Strategietools in der Praxis
Geb., 352 S., 59,90 Euro
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-3-446-42705-1

Das Werk bietet eine kompakte Übersicht der wichtigsten Strategieinstrumente und stellt einen konkreten Leitfaden zur Auswahl, Gestaltung und Umsetzung zur Verfügung. Ob es sich beispielsweise um die Kernkompetenzanalyse, Marktfeldstrategien oder die Balanced Scorecard handelt, alle Werkzeuge werden konsequent praxisorientiert dargestellt.

Der Generationen-Pakt
Henzler/ Späth
Geb., 197 S., 19,90 Euro
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-3-446-42348-0

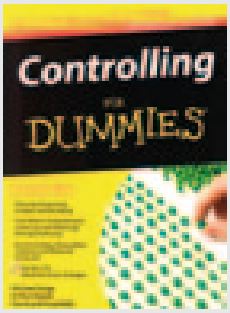


Immer weniger Berufstätige müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Gleichzeitig leisten wir uns eine gigantische Verschwendung: Viele alte Menschen, die körperlich und geistig noch fit sind, verbringen Jahrzehnte im recht inaktiven Ruhestand. Auf Dauer ruiniert das unseren Sozialstaat. Henzler und Späth zeigen in diesem Buch, wie wir den Ausgleich zwischen den Generationen bewahren können, und stellen eine politische Agenda für den demografischen Wandel auf.

Die Kunst, seine Kunden zu lieben
Stefan Merath
Geb., 300 S., 29,90 Euro
Gabal Verlag,
ISBN 978-3-86936

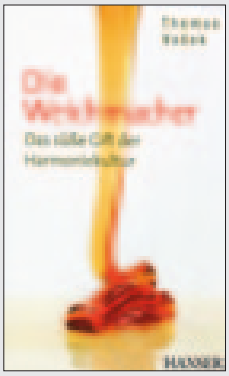
Den neuesten Erkenntnissen der Neurowissenschaften zufolge ist der Mensch ein emotionales Wesen, dessen Entscheidungen zu 70 bis 99 Prozent unbewusst erfolgen und emotional bestimmt sind. Mit Hilfe der Neurostrategie verfolgt der Autor den Ansatz, die emotionale Situation des Unternehmers in den Fokus zu rücken.

Controlling für Dummies
Broschur, 391 S., 24,95 Euro
Wiley,
ISBN 978-3-527-70648-8



Der Controller hat für Nichtcontroller das Image des bösen Überwachers, Erbsenzählers und Geizkragens. Dieses Buch zeigt, dass das Controlling gar nicht so geheimnisvoll ist, wie es manche gerne erscheinen lassen. Anhand vieler anschaulicher Beispiele erklären die Autoren die unterschiedlichen Formen des Controllings und dessen Aufgabenbereiche.

Die Weichmacher
Thomas Vasek
Geb., 207 S., 17,90 Euro
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-3-446-42353-4



Sie sind einfach nett. Sie wollen kommunizieren und andere einbinden. Sie suchen Harmonie und Konsens. Und sie sind eine Bedrohung für jedes Unternehmen. Die „Weichmacher" verschleppen Entscheidungen, die schädigen das Betriebsklima, verhindern Innovationen und blockieren Veränderungsprozesse. Das Buch setzt sich kritisch mit der Harmoniekultur auseinander, die immer mehr Unternehmen und Institutionen durchdringt. Es zeigt, wie Weichmacherkulturen entstehen und wie man gegen sie vorgeht.

Verführung mit Worten
K. C. Angermayer
Broschur, 176 S., 15,99 Euro
Kösel Verlag
ISBN 978-3-466-30897-2

Es ist durchaus sinnvoll und wünschenswert, sich auch schriftlich treffend auszudrücken. Doch, wie muss ein Text konzipiert sein, damit er gelesen wird und nicht im Papierkorb landet? Die Autorin gibt in 33 „Quickies", wie es in der Unterzeile heißt, leicht umzusetzende Tipps, wie sich der Spaß am Schreiben schnell einstellt. Schön ist es, wenn man dann auch noch nachhaltigen Erfolg mit seinen schriftlichen Botschaften erzielt.

Lebensweisheiten berühmter Dichter
Roland Leonhardt
Broschur, 416 S., 12,95 Euro
Humboldt, ISBN 978-3-86910-144-6

In diesem Buch findet der Nutzer zahlreiche Aussprüche berühmter Dichter und Denker nach Stichworten. Ideal für Reden, Präsentationen, Small Talk oder E-Mails.

AUTO-TEST

JAGUAR XJ
Leichtbau aus Aluminium

Der neue Jaguar XJ – ein echtes Oberklasse-Fahrzeug

Der Original-XJ von 1968 war der letzte von Firmengründer Sir Williams Lyons selbst entworfene Jaguar. Das jüngste Modell (X351) mit dem legendären Signet am Heck gibt sich so innovativ, formschön und begehrenswert wie sein berühmter Vorfahre. Die nicht nur evolutionäre, sondern revolutionäre achte XJ-Generation ist ein wirkliches Luxusautomobil, das seinen Konkurrenten auf dem Kontinent durchaus Paroli zu bieten weiß. Sie zeigt die Visionen des Jaguar Designdirektor Ian Callum für die Zukunft der britischen Traditionsmarke. Das große Panorama-Glasdach ist integraler Bestandteil des Designkonzepts. Es verhilft dem XJ zu einer flachen, Coupé-artigen und damit aerodynamisch günstigen Dachkontur.

Die leichte Aluminium-Struktur des Jaguar XJ besteht zu 50 Prozent aus recyceltem Material. Leistung, Agilität und Verbrauch profitieren durch das im Vergleich zur Konkurrenz rund 150 Kilogramm niedrigere Gesamtgewicht. Die hochmodernen Motoren – ein 3,0 Liter Diesel mit 202 kW (275 PS) sowie zwei 5,0-Liter-V8-Benziner mit 283 kW (385 PS) beziehungsweise 375 kW (510 PS) – sind mit einer Sechsstufen-Automatik verbunden.

Die Kabine des Jaguar XJ kombiniert ein elegantes, zeitgemäßes Design mit hohem Komfort und großem Luxus sowie dem für jeden Jaguar charakteristischen sportlichen Touch. Oberflächen in Chrom oder Klavierlack stehen im stimmigen Kontrast zu fein verarbeiteten Leder- und Holzoberflächen.

Fortschrittliche Technologien gestatteten es Jaguar, den Innenraum des neuen XJ im Stil eines hochmodernen Wohnzimmers und weniger als automobiles Interieur zu gestalten. Im Mittelpunkt: Ein 12,3 Zoll großer hochauflösender TFT-Bildschirm, auf dem sehr moderne und detailliert gezeichnete „virtuelle" Instrumente die Informationsübermittlung übernehmen. Er wird ergänzt durch einen 8-Zoll-Touchscreen, dessen Display zeitgleich unterschiedliche Inhalte darstellen kann (Dual View). Während der Fahrer Fahrzeugfunktionen abruft oder den Anweisungen des Navigationssystems folgt, kann der Beifahrer gleichzeitig eine DVD oder ein TV-Programm genießen. *G. K.*

LAND ROVER FREELANDER
Nun auch mit Zweirad-Antrieb

Der Land Rover Freelander präsentiert eine ganze Reihe interessanter Neuerungen – allen voran eine größere Modellauswahl. So ist der beliebte Kompakt-SUV erstmals auch mit reinem Vorderradantrieb lieferbar. Die neue Einstiegsvariante Freelander eD4 kommt dabei der großen Nachfrage nach Modellen mit allen SUV-Vorteilen bei nur zwei angetriebenen Rädern entgegen. Der neue Freelander eD4 bietet einen hochmodernen 2,2-Liter-Turbodiesel mit Sechsgang-Schaltgetriebe und Stopp-Start-Technologie: ein echter Premium-SUV, der lediglich 158 g/km CO_2 ausstößt – der niedrigste Wert eines Land Rover-Modells überhaupt.

„Mit dem neuen Freelander eD4 stellt sich Land Rover dem Wettbewerb in einem sehr beliebten und hart umkämpften Segment des Marktes: dem der SUV-Modelle mit Zweiradantrieb. Diese Varianten machen rund 23 Prozent des gesamten SUV-Absatzes in Europa aus", erläutert Land Rover Managing Director Phil Popham die Entscheidung des Unternehmens.

Phil Popham weiter: „Versionen mit Vorderradantrieb sind aber nur eine Option, wie wir die Effizienz unserer Modelle weiter entwickeln – und auf diese Weise das Angebot ausweiten und die Attraktivität für unsere Kunden erhöhen. Nach wie vor gilt für Land Rover die Maxime: Wir wollen für 4x4-Liebhaber die weltbesten Allradfahrzeuge produzieren, die beste Fahrleistungen auf jedem Terrain garantieren. Aber daneben bieten wir nun eine Alternative für jene Kunden, die keinen Allradantrieb benötigen."

In der Freelander-Generation 2011 kommt erstmals ein neuer 2,2-Liter-Turbodiesel zum Einsatz, der in zwei Leistungsstufen erhältlich sein wird: mit 110 kW (150 PS) oder 140 kW (190 PS). Das hochmoderne, besonders laufruhige und effiziente Triebwerk bietet in beiden Ausführungen 20 Nm mehr Drehmoment als der bisherige, Diesel. Im neuen Modelljahr umfasst das Selbstzünder-Angebot neben dem eD4-Basismodell mit 6-Gang Schaltgetriebe, den Freelander TD4 mit 110 kW (150 PS), der mit weiter entwickelten Versionen der sechsstufigen Schalt- oder Automatikgetriebe kombinierbar ist, den neuen Freelander SD4 mit 140 kW (190 PS). Dieser wird ausschließlich mit der komfortablen Sechsstufenautomatik angeboten. *G. K.*

Nun gibt es den Freelander auch mit reinem Frontantrieb

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wol*len helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.*

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Das „Leben" auf eine Baustelle ist bunt und vielfältig. Viele Gewerke arbeiten gleichzeitig oder aber in knapper Reihenfolge hintereinander. Jeder haftet natürlich mit seinem Gewerk und seinen Leistungen dem Bauherren gegenüber. Dabei gilt unter Handwerkern das geflügelte Wort, dass der derjenige, der eine Leistung eines anderen anfasst, dafür auch die Gewähr übernimmt. Unser Leser Karl W. möchte wissen, was es damit genau auf sich hat.

Der Bundesgerichtshof hatte in diesem Sommer einen Fall vorliegen, bei dem ein Installateur den Auftrag hatte, Hausanschlüsse fachgerecht an die Grundleitungen anzuschließen. Der Bundesgerichtshof hat dabei noch einmal klargestellt, dass der Installateur sich nicht darauf verlassen kann, dass die Leitungen, an die er anschließt, auch tatsächlich so verlegt worden sind, wie es z.B. in einem Plan vorgegeben war. Vielmehr geht das Gericht davon aus, dass der Installateur eigene Überprüfungen anstellen muss. Soll z.B. ein Anschluss errichtet werden, der die Abflüsse einer Wohnung mit dem Entwässerungsrohr verbindet, welches ein Rückstauventil hat, so muss der Installateur prüfen, welches dieser Rohre tatsächlich mit einem Rückstauventil ausgestattet ist. Er muss überprüfen, welche Leitungen zu diesem Rohr mit dem Rückstauventil führen. Ansonsten ist ihm die vertragsgerechte Erfüllung seiner Leistungsverpflichtung nicht möglich.

Der Installateur darf sich nicht auf einfache Mitteilungen oder auf seine Vermutungen stützen, dass bestimmte Leitungen mit einer solchen Rückstausicherung ausgestattet sind und die anderen eben nicht. Der BGH, der insoweit sachverständig beraten war, führte dazu aus, dass der Handwerker zur Not eben durch eine Spülung sich hätte versichern müssen, welches die richtige Leitung war. Die Haftung des Installationsbetriebes geht also insoweit weit über die eigentlich von ihm zu erbringende Leistung hinaus. Die Verpflichtungen, die Arbeiten zu überprüfen, auf die man mit seinem Gewerk aufbaut, werden immer weitreichender.

In dem zweiten Teil hat unsere Leserin Yvonne M. eine Frage aus einem völlig anderen Rechtsgebiet. Ihre Tochter lebt in einer nicht ehelichen Partnerschaft mit einem Mann zusammen, der Eigentümer eines Hauses ist. Beide wohnen dort zusammen. Das junge Paar hat sich die finanziellen Verpflichtungen so aufgeteilt, dass ihre Tochter den monatlichen Abtrag aus Zins- und Tilgung für das Haus leistet. Ihre Mutter hat nun Bedenken, dass bei einer Beendigung der Beziehung diese Zahlungen durch den Partner nicht zu erstatten sind.

Grundsätzlich ist es so, dass ein Zahlungsausgleich bei einer nicht ehelichen Partnerschaft nicht automatisch stattfindet. Sofern kein Vertrag geschlossen wurde, dürften Ansprüche schwer durchsetzbar sein. Im Rahmen einer Ehe gibt es einen so genannten Zugewinnausgleich, der aber bei einem Paar, welches nicht miteinander verheiratet ist, im Rahmen der Trennung nicht durchgeführt wird.

Die Rückforderung einer Schenkung könnte in Betracht kommen. Hierzu hat das Oberlandesgericht Bremen aber in einem vergleichbaren Fall entschieden, dass demjenigen, der die Zahlungen leistet, ja auch etwas zugute kommt. Er wohnt ebenfalls in dem Objekt. Wäre dies nicht der Fall, so müsste Miete gezahlt werden. Das Oberlandesgericht stellte klar, dass grundsätzlich eine wechselseitige Aufrechnung der erbrachten Leistungen bei einer nicht ehelichen Partnerschaft nicht in Frage kommt. Jeder leistet seinen Beitrag zum gemeinsamen Leben. Nur Leistungen, die über die üblichen Lebenshaltungskosten hinausgehen, könnten gegebenenfalls zurückgefordert werden. Es müssten also genaue Betrachtungen angestellt werden, wer was bezahlt hat und was z.B. vergleichbarer Wohnraum an Miete gekostet hätte.

Praxistipp: Paare, die nicht miteinander verheiratet sind und eine Immobilie kaufen wollen, sollten sich genau überlegen, ob ein Vertrag zwischen ihnen geschlossen werden soll. Im Fall einer Trennung hilft dieser, Streitigkeiten zu vermeiden. Dies gilt insbesondere dann, wenn einer von beiden selbstständig ist oder aber eine Immobilie im Alleineigentum hat. Eine Beratung bei Fachanwälten für Familienrecht oder Notaren ist dringend zu empfehlen.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

Früher Vogel fängt den Wurm

BPatG; Beschluss vom 08.12.2010; 7 Wpat 35/10

Auch in der Juristerei sind viele Dinge Terminsachen. Es sind insbesondere Fristen genau einzuhalten. Wenn eine Frist verstrichen ist, ohne dass rechtzeitig ein Schriftsatz oder eine Klage eingereicht worden ist, entstehen erhebliche Nachteile. Prozesse können verloren gehen.

In dem vorliegenden Fall kam es darauf an, dass ein bestimmtes Patent noch im Jahre 2007 beim DPMA angemeldet wird. Der Anmelder ließ noch am 31.12.2007 ein Fax schicken, indem er das Patent dort anmeldete. Das Empfanggerät wies allerdings den Eingang erst für den 01.01.2008 um 00:36 Uhr aus. Der Anmelder stand vor der Schwierigkeit, beweisen zu müssen, dass das Fax beim DPMA tatsächlich noch im Jahr 2007 eingegangen ist. Ein Sendeprotokoll ist hierfür (nicht zuletzt wegen der Manipulationsmöglichkeit) ungeeignet.

Das Bundespatentgericht hat in seinem Beschluss zusammengestellt, welche alternativen Beweismöglichkeiten in solchen Fällen gegeben sind. So kann eine Abrechnung der Telekom vorgelegt werden, die den Übermittlungszeitpunkt genau ausweist. Die Telekom ist verpflichtet, die dortigen Daten mit einem amtlichen Zeitnormal abzugleichen. Auch kann ein Zeugenbeweis angetreten werden, wenn das Telefax in Gegenwart von Zeugen abgeschickt wurde. Dies hat der Anmelder getan. Ein Zeuge bestätigte, dass das Fax noch vor Mitternacht zur Absendung gelang. Er bestätigte darüber hinaus, dass auch die Rücksendung des OK-Status noch vor Mitternacht erfolgte. Er hatte hierzu, da ihm die Bedeutung des Vorganges bewusst war, auf eine Funkuhr geschaut und darüber hinaus lief auf seinem Computer die Atomzeituhr der physikalisch-technischen Bundesanstalt.

Das Bundespatentgericht schenkte dem Zeugen Glauben und legte den Tag für die Anmeldung des Patents auf den 31.12.2007 fest.

Steuerlast ohne Verkauf

BGH; Urteil vom 02.02.2011; XII ZR 185/08

Praxen und Kanzleien von Freiberuflern müssen immer wieder einmal bewertet werden. Dies betrifft nicht nur den Fall eines Verkaufes oder bei Tod des Praxisinhabers. Auch im Rahmen einer Ehescheidung spielt die Bewertung der freiberuflichen Praxis eine nicht unwesentliche Rolle. So ist der Vermögenswert einer freiberuflichen Praxis im Zugewinnausgleich zu berücksichtigen. Die Streit geht meistens um die Höhe des so genannten „Goodwills“.

Der Bundesgerichtshof hatte sich mit der Frage der Bewertung einer Steuerberaterpraxis auseinander zu setzen. Er hat noch einmal klargestellt, dass das modifizierte Ertragswertverfahren bei der Bewertung freiberuflicher Praxen generell vorzugswürdig sei. Es sind dabei immaterielle Faktoren wie Mitarbeiterstamm, günstiger Standort, Art und Zusammensetzung der Mandanten, Konkurrenzsituation und andere Faktoren zu berücksichtigen. Allerdings dürfen nur die Faktoren eine Rolle spielen, die auch auf einen möglichen Nachfolger übertragbar sind. Ruf und Ansehen des Praxisinhabers gehören regelmäßig nicht dazu, so dass der Goodwill entsprechend zu korrigieren ist. Ein pauschaler Unternehmerlohn ist in Abzug zu bringen. Dieser hat der beruflichen Erfahrung und der unternehmerischen Verantwortung des Praxisinhabers Rechnung zu tragen.

Obwohl im Rahmen des Zugewinnausgleichs der Verkauf der Praxis keine Rolle spielt, will der Bundesgerichtshof auch die latenten Ertragssteuern berücksichtigt wissen. Sie sind in Abzug zu bringen, unabhängig davon, ob eine Veräußerungsabsicht besteht oder nicht. Der Stichtag für die Bewertung der Praxis ist auch der Stichtag für die Berechnung dieser Steuerlast.

Wie aus unpünktlich pünktlich wird

BGH; Urteil vom 04.05.2011; VIII ZR 191/10

Ist ein Mieter mit 2 Monatsmieten im Rückstand, so kann ihm gekündigt werden. Dieses ist allgemein bekannt. Eine Kündigungsmöglichkeit für den Vermieter besteht aber auch, wenn der Mieter trotz mietrechtlicher Abmahnung über einen längeren Zeitraum stets unpünktlich seine Miete zahlt.

Einen solchen Fall hatte jetzt der Bundesgerichtshof zu entscheiden. Fast 25 Jahre hatte ein Mieter nie vertragsgerecht Zahlungen geleistet. Die Miete kam immer zu spät. Nach fast 25 Jahren mahnte der Vermieter den Mieter dann zum ersten Mal ab. Die Mieten wurden gleichwohl nicht pünktlich gezahlt. Es kam zur fristlosen Kündigung.

Der Bundesgerichtshof hat die Kündigung zurückgewiesen. Zwar besteht grundsätzlich die Möglichkeit, bei dauerhaft unpünktlicher Zahlung zu kündigen. Hat man jedoch das Verhalten des Mieters über längere Zeit ohne Abmahnung hingenommen, so wird dieses als laufende Vertragspraxis von den Gerichten angesehen. Eine fristlose Kündigung ist deshalb nicht mehr gerechtfertigt.

Der Osten in Rot? Nicht in Brandenburg!

Interview mit Dr. Dietlind Tiemann, Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg und MIT-Mitglied

Im September 2011 fanden in 36 Brandenburger kreisangehörigen Städten und Gemeinden und in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel die Wahlen der neuen hauptamtlichen Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister statt. In zehn Städten konnten CDU-Kandidaten die erforderliche Mehrheit gleich im ersten Wahlgang erreichen. Auch in den Neuen Bundesländern kann man also absolute Mehrheiten für die Union holen! Wir haben nachgefragt bei Dr. Dietlind Tiemann, MIT-Mitglied und im September wiedergewählt zur Oberbürgermeisterin in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Was ist Ihr Erfolgsrezept? Haben Sie Tipps für Kommunalwahlkämpfer in anderen Städten und Gemeinden?

Dr. Dietlind Tiemann: Ich bin davon überzeugt, dass Bürgernähe, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit die entscheidenden Kriterien für einen Wahlerfolg sind. Dabei hat sich meine Politik immer an den gewünschten Erfolgen für die Stadt und ihre Bürger orientiert, auch wenn die Entscheidungen nicht immer einfach waren. Für mich war es immer ein besonderes Anliegen, soviel Zeit als möglich dort zu verbringen, wo meine Bürger sind – sei es in Betrieben, Vereinen, Verbänden oder bei Veranstaltungen, eben eine Oberbürgermeisterin zum „Anfassen", mit Herz und Verstand.

Sie haben sich erfolgreich gegen den aktuellen Bundestrend durchsetzen können. Worauf führen Sie das zurück?

Tiemann: Ich denke, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger in mir eine Oberbürgermeisterin sehen, die klare Ziele hat, Politik aktiv gestaltet und doch auch nah an ihren Problemen und Wünschen ist. Hinzu kam, dass die Erfolge der letzten acht Jahre wie z.B. die neu gestaltete Innenstadt, das Klosterquartier, der erfolgreiche Stadtumbau, die nahezu halbierte Arbeitslosigkeit oder auch die gestiegene Lebensqualität überall spürbar sind.

In welchen Wählerschichten sind Sie besonders erfolgreich?

Tiemann: Neben den klassischen Wählerschichten der CDU wie Mittelständler, Selbstständige und Beamte, ist es uns gelungen, eine breite Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger anzusprechen. Ganz besonders stolz bin ich darauf, alle Wahlkreise der Stadt gewonnen und sogar in einem Neubauviertel wie Hohenstücken mit 49,9 % der Stimmen die deutliche Mehrheit geholt zu haben.

Sie sind seit langen Jahren Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und stehen für eine mittelstandsfreundliche Politik. Welche konkreten Maßnahmen konnten Sie für den heimischen Mittelstand auf den Weg bringen?

Dr. Dietlind Tiemann (56) ist seit 2003 Oberbürgermeisterin von Brandenburg an der Havel. Die promovierte Ökonomin wurde im September 2011 im ersten Wahlgang mit 56,4% der Stimmen im Amt bestätigt. Sie ist die einzige CDU-Oberbürgermeisterin im Land Brandenburg

Tiemann: Wir haben in Brandenburg an der Havel ganz klar auf Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit gesetzt. Das fängt bei der Wirtschaftsförderung für bestehende und neu anzusiedelnde Unternehmen an, geht über die aktive und gezielte Erschließung von Gewerbeflächen und setzt sich in der engen Vernetzung zwischen Schule, Wissenschaft und Wirtschaft fort. Potentielle Investoren sind in Brandenburg an der Havel Chefsache. Deshalb gibt es in der Wirtschaftsförderung einen speziellen Ansprechpartner für Ansiedlungswillige, der durch alle Fragen der Verwaltung geleitet. Durch diese Ansiedlungspolitik konnten wir die Arbeitslosenquote in den letzten acht Jahren fast halbieren und die Gewerbesteuereinnahmen haben sich innerhalb von rund fünf Jahren meiner Amtszeit nahezu vervierfacht.

Die Finanzlage der Kommunen ist ein hochaktuelles Thema. Wie sieht es in Brandenburg an der Havel aus? Welche Haushaltspolitik verfolgen Sie?

Tiemann: Ein Großteil unserer gegenwärtigen Schulden von rund 150 Millionen Euro resultiert aus einer nicht ausreichenden Finanzierung von Aufgaben, die uns von Land und Bund übertragen werden. Deshalb prüfen alle vier kreisfreien Städte in Brandenburg gegenwärtig eine Verfassungsbeschwerde gegen das Land. Vor Ort sind wir in den letzten acht Jahren auf dem Weg des strukturellen Ausgleichs unseres Haushalts spürbar vorangekommen. So konnten seit 2005 alle Investitionen ohne neue Kredite getätigt und sogar neue Rücklagen aufgebaut werden. Mein Ziel ist es, 2016 erstmals einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Die Fragen stellte Astrid Jantz

The power to do more

IT Check für kleine und mittelständische Unternehmen

DELL IT-CHECK

Erhalten Sie eine kostenfreie und professionelle Beratung

Der Erfolg eines Unternehmens hängt entscheidend von einer soliden IT Infrastruktur ab, die flexibel auf die unternehmerischen Anforderungen eingehen kann. Doch arbeitet Ihre IT wirklich so wie Sie es sich vorgestellt haben? Die richtige Lösung, Produkte und Serviceleistungen zu finden und diese in Ihr Unternehmen zu integrieren kann eine gewisse Heraussforderung darstellen. Denn es gibt keine Einheitslösung, die für alles passt.

Wie fange ich an?

Lernen Sie die Vorteile der Kooperation mit einem vertrauenswürdigen globalen IT-Partner kennen – von der Anforderungserhebung über Lösungsentwicklung hin zu der Implementierung und Instandhaltung. Profitieren Sie von einer strategischen Partnerschaft, die Ihnen dabei behilflich ist, das Beste aus Ihrer IT für Ihr Unternehmen herauszuholen.

Sprechen Sie gebührenfrei mit unseren Experten und erhalten Sie eine zugeschnittene IT Lösung.

Anrufen ▸ **0800/330 44 85 10**
Mo-Fr 8.30-18 Uhr, (Bundesweit zum Nulltarif aus dem dt. Fest- und Mobilfunknetz)

Online ▸ **Dell.de/it-check**
Finden Sie die aktuellsten Angebote in unserem Webshop oder chatten Sie online Mo-Fr 8-19 Uhr mit unseren Kundenberatern.

Dell GmbH, Main Airport Center, Unterschweinstiege 10, 60549 Frankfurt am Main. Geschäftsführer: Barbara Wittmann, Jürgen Renz, Mark Möbius. Eingetragen beim AG Frankfurt am Main unter HRB 75453, USt.-ID: DE 113 541 138, WEEE-Reg.-Nr.: DE 49515708. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Dell GmbH. Druckfehler, Irrtümer und Änderungen vorbehalten.

Alle Fotos: Rudolf Weber

Der wiedergewählte MIT-Bundesvorsitzende Josef Schlarmann (links) und sein ebenfalls wiedergewählter 1. Stellvertreter, Hans Michelbach, bedanken sich bei der CDU-Vorsitzenden Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre Rede

MIT steht geschlossen hinter Schlarmann

Wirtschaftsflügel im offenen Dialog mit Merkel und Seehofer

Mit einer beeindruckenden Stimmenzahl von 97,3 Prozent hat die Bundesdelegiertenversammlung der MIT Ende Oktober in Deggendorf ihren bisherigen Vorsitzenden Josef Schlarmann wiedergewählt. Der 71-Jährige steht seit 2005 an der Spitze der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und kandidierte zum letzten Mal. Das Jahr 2013, das Jahr der nächsten Bundestagswahl, werde für die Union „so oder so" eine Zäsur bringen. Für die MIT bedeute dies, in den verbleibenden zwei Jahren die Weichen für eine Verjüngung der Führungsmannschaft zu stellen.

In seinem immer wieder von anhaltendem Applaus der rund 700 Delegierten und Gäste unterbrochenen Rechenschaftsbericht sparte Schlarmann nicht mit Kritik an der Union. Der innere Zusammenhalt von CDU und CSU sei gefährdet, viele Stammwähler hätten den Parteien enttäuscht den Rücken gekehrt. Als Gründe für diesen Vertrauensverlust nannte der die mangelnde Verlässlichkeit und den fehlenden ordnungspolitischen Kompass.

Schlarmann wörtlich: „Dem gegenüber hat die MIT ihren Kurs in den letzten zwei Jahren konsequent beibehalten. Dies hat uns nicht nur breiten Zuspruch in Wirtschaft und Gesellschaft eingetragen, sondern auch gleichzeitig zu einer bemerkenswerten personellen Geschlossenheit geführt. Wir sind das marktwirtschaftliche Gewissen der Union, wir sind stetiger Mahner mit dem Kompass in der Hand und – bekanntermaßen – häufigem Gegenwind."

Wie die MIT, sprach sich die Parteivorsitzende Angela Merkel gegen „einen gesetzlich festgelegten einheitlichen Mindestlohn" aus. Sie wolle aber auch nicht, dass es Bereiche gebe, die faktisch ohne Lohnuntergrenze dastünden. Umso überraschter waren zahlreiche Delegierte, als sie schon am nächsten Tag auf ihrer Heimreise hörten, dass die CDU nun doch einen Mindestlohn plane, um das soziale Profil zu schärfen. Doch – bei Angela Merkel sollte man immer genau zu hören und jedes Wort wägen, denn Mindestlohn ist nicht gleich Mindestlohn. Etwas mehr Klarheit, wenn auch nicht unbedingt total im Sinne des Wirtschaftsflügels, brachte dann der CDU-Parteitag Mitte November in Leipzig. *G.K*

Blick ins Plenum der 10. Bundesdelegiertenversammlung der MIT im niederbayerischen Deggendorf

Auszüge aus dem beim MIT-Bundeskongress verabschiedeten Leitantrag

Angesichts der Wahlergebnisse für die Union bei den zurückliegenden Landtags- und Kommunalwahlen kann es ein „Weiter so“ mit Blick auf Profil, Öffentlichkeitsarbeit und Kursbestimmung nicht geben. Die Wahlergebnisse sind ein wesentliches Indiz dafür, dass die Wähler das Vertrauen in die große Volkspartei Union verlieren. Nur über eine verlässliche und glaubwürdige Politik kann dieses Vertrauen zurückgewonnen werden. Und dies muss gelingen, denn für dieses Land ist die Union als Volkspartei zukunftsentscheidend. Die Union stand seit jeher für die Übernahme von Verantwortung auf der Basis von festen, ordnungspolitischen Grundwerten und einer dem Gesamtwohl dienenden und interessenausgleichenden Politik. Ohne die Union würden die gesellschaftliche Mitte und die Leistungsträger dieses Landes ins politische Abseits rücken. Es ist an der Zeit, dass die Union zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

Forderungen der MIT:

Die Union muss zurückkehren zu einer Volkspartei mit prägnanten Botschaften, einem klaren Profil und einer verlässlichen Politik im Interesse der gesellschaftlichen Mitte. Sie muss die Menschen dieses Landes bei ihren Entscheidungen mitnehmen und ihre Positionen erklären. Dazu gehört an die Führungsspitze der Union eine Mannschaft mit kompetenten Köpfen, die alle Strömungen der Partei glaubwürdig repräsentiert.

Sofern die Führungsspitze der Union die Änderung von Grundsatzpositionen der Partei erwägt, muss die Parteibasis in einen breiten öffentlichen Diskurs einbezogen werden, und zwar bevor die Abkehr von Grundsatzpositionen öffentlich verkündet oder vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Ein Bundesparteitag muss nach Abschluss dieses Diskussionsprozesses über die Neupositionierungen mehrheitlich beschließen. Allein die Erörterung einer Abkehr von grundlegenden Positionen durch die Parteispitze auf Kreisvorsitzenden- oder Regionalkonferenzen stellt keine ausreichende Legitimationsbasis dar.

Die Union muss für eine verlässliche Politik stehen. Sie muss ihre Politik am Grundsatzprogramm der Partei, den Beschlüssen der Bundespartei und ihren Versprechen im Wahlprogramm ausrichten. Sie muss sich an Vereinbarungen aus Koalitionsverträgen mit ihren Koalitionspartnern in Bund und Ländern halten und auf eine erfolgreiche Umsetzung drängen.

Gastredner war auch der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer

WAHL DES NEUEN MIT-BUNDESVORSTANDES

Bundesvorsitzender		
Dr. Josef Schlarmann	462 Stimmen	97,3 %
Erster Stellvertreter		
Dr. h.c. Hans Michelbach	447 Stimmen	93,7 %
Stellvertretende Bundesvorsitzende		
Bischoff, Dieter	370 Stimmen	83,1%
Gotthardt, Frank	370 Stimmen	83,1%
Metzger, Oswald	260 Stimmen	58,4%
Müthel-Brenncke, Dorin	328 Stimmen	73,7%
Presser, Jürgen	293 Stimmen	65,8%
35 Beisitzer		
Aßmann, Gerald	347 Stimmen	70,0%
Buttkus, Rolf	340 Stimmen	68,5%
Claus, Ute	409 Stimmen	82,5%
Darda, Michael	306 Stimmen	61,7%
Dött, Marie-Luise	445 Stimmen	89,7%
Drießen, Heinz-Josef	352 Stimmen	71,0%
Erl, Peter	443 Stimmen	89,3%
Eyck, Norbert	340 Stimmen	68,5%
Geier, Albrecht, Dr.	370 Stimmen	74,6%
Götz, Peter	373Stimmen	75,2%
Heider, Matthias, Dr.	380 Stimmen	76,6%
Helfmann-Hundack, Judith	387 Stimmen	78,0%
Helmer, Jan	369 Stimmen	74,4%
Hesse, Hermann	383 Stimmen	77,2%
Kapp, Helena	371 Stimmen	74,8%
Kiank, Rainer	357 Stimmen	72,0%
Klein, Matthias	355 Stimmen	71,6%
Kösslinger, Bernhard	410 Stimmen	82,7%
Leinert, Jochen	315 Stimmen	63,5%
Lensdorf, Benno	305 Stimmen	61,5%
Leyendecker, Wolfgang	373 Stimmen	75,2%
Linnemann, Carsten, Dr.	452 Stimmen	91,1%
Novak, David	409 Stimmen	82,5%
Nowak, Helmut	426 Stimmen	85,9%
Nyhuis, Günter J.	362 Stimmen	73,0%
Piepenschneider, Michael	352 Stimmen	71,0%
Reiser, Margarete	357 Stimmen	72,0%
Reisner, Günter	447 Stimmen	90,1%
Robanus, Gerd	407 Stimmen	82,1%
Schöneberg, Günter	300 Stimmen	60,5%
Sieringhaus, Eva-Maria	399 Stimmen	80,4%
Steinwärder, Philipp	404 Stimmen	81,5%
Tarnawski, Horst	444 Stimmen	89,5%
Wegner, Bernd	465 Stimmen	93,8%
Wirkus, Bernd	417 Stimmen	84,1%

MU Neu-Ulm kritisiert Weißbuch Verkehr

Die Kreisvorsitzende der Mittelstands-Union Dr. Sandra Schnarrenberger ist mit der Ausgestaltung des neuen Weißbuchs Verehr der Europäischen Kommission nicht zufrieden. „Für viele Unternehmer sind die Formulierungen und schwammigen Ziele des Weißbuchs Verkehr nicht wirklich griffig", kritisierte Schnarrenberger. Besonders ärgerlich ist für Dr. Schnarrenberger, dass „konkrete Auswirkungen teilweise versteckt und nicht sofort erkennbar sind". Die Ziele der Kommission belasten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. So soll beispielsweise die Zahl der mit konventionellem Kraftstoff betriebenen Fahrzeuge im Stadtverkehr bis 2030 halbiert und bis 2050 auf Null zurück gefahren werden. Auch die geplante Ausweitung der Passagier- und Fahrgastrechte ohne Kostenausgleich für die Verkehrsträger stößt bei ihr auf Kritik: „Im öffentlichen Personennahverkehr ist dies nicht umsetzbar und wird damit allein auf dem Rücken des Mittelstandes ausgetragen. Ebenso kritische sehe ich die Rahmenbedingungen für Fahrzeuge durch Straßenbenutzungsgebühren und Zufahrtsbeschränkungen für Innenstädte also konkret in den Änderungswünschen in Bezug auf Maut, Citymaut und Umweltzonen." Schnarrenberger forder die SME Union, den europäischen Dachverband der Mittelstandsunion, auf, diese Punkte aufzugreifen und sich für eine mittelstandsfreundliche Regelung einzusetzen.

Senkung der Rentenversicherungsbeiträge

Der Landesvorsitzende der Mittelstands-Union Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, fordert von der christlich-liberalen Koalition ein klares Bekenntnis zu den gesetzlich vorgeschriebenen Senkungen der Rentenversicherungsbeiträge. „Die Nachhaltigkeitsrücklage erreicht Anfang 2012 wieder das Niveau von 1,5 Monatsausgaben. Da ist die Regierung laut Gesetz verpflichtet, den Beitrag zu senken. Aktuell wird dies wohl um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6% hinauslaufen. Das fordern wir Mittelständler nun von der Bundesregierung ein", sagte Michelbach. Zudem erwartet er positive Impulse für Wachstum und Beschäftigung: „Durch diese Senkung werden die Lohnstückkosten nach unten gehen, das ist natürlich ein guter Impuls für Bürger und Unternehmen. Es ist immer besser, wenn wir den Steuerzahlern mehr Geld in der Tasche lassen, sie wissen am Besten, wofür sie es ausgeben wollen!"

Forschungsprojekt zur geothermischen Stromerzeugung

Der Energiewandel hin zu erneuerbaren Energien sorgt für breite Diskussionen. Die MIT Calw/Freudenstadt ging der Frage nach, ob sich die Geothermie auch zur Stromerzeugung wirtschaftlich nutzen lässt. Die Mitglieder wurden zu einer Exkursion zum Forschungsprojekt für geothermische Stromerzeugung im elsässischen Soultz-sous-Forets eingeladen. Dr. Thomas Kölbel, Leiter für Forschung und Entwicklung der am Projekt beteiligten EnBW, erläuterte bei einer Besichtigung der Anlage den Stand der Forschung.

Willkommen bei der MIT

Diesen Titel trägt der neue Leitfaden zur Mitgliedergewinnung und aktiven Verbandsarbeit, der durch die MIT-Bundesgeschäftsstelle unter Mithilfe des MIT-Hauptgeschäftsführers aus Niedersachsen, Andreas Sobotta, und zahlreichen MIT-Kreisverbänden erstellt wurde. Damit die MIT auch in Zukunft ein wirkungsvolles Sprachrohr für den Mittelstand bleibt, muss ein noch stärkerer Fokus auf die Mitgliederpflege und Mitgliederneugewinnung gelegt werden. Der Schwerpunkt der Verbandsarbeit liegt in den MIT- und MU-Kreisverbänden und den regionalen Untergliederungen.

Hier wird die persönliche Ansprache zu Mittelständlern vor Ort gesucht und gepflegt, Veranstaltungen organisiert und Mitglieder geworben. Die neue Publikation soll diese Arbeit unterstützen und gibt erstmals in kompakter Form einen Überblick über Grundlagen der erfolgreichen Kreisverbandsarbeit. Dabei entspringen die einzeln Kapitel etwa zur Mitgliederwerbung, zur Durchführung von Veranstaltung oder einer erfolgreichen Pressearbeit nicht der Phantasie und Theorie. Vielmehr wurde jeder einzelne Beitrag auf der Basis der jahrelangen Erfahrung von MIT-Gliederungen erarbeitet. Einen besonderen Ratgeber stellt das Kapitel „MIT-Veranstaltungen zum Nachahmen" dar. Nach dem Motto „Best of" wurden gemeinsam mit vielen Kreisverbänden Veranstaltungen zusammengetragen, die sich in der praktischen Arbeit vor Ort bereits bewährt und für großen Zuspruch gesorgt haben. Die Broschüre kann auch im PDF-Format über die Bundesgeschäftsstelle bezogen werden: ***info@mittelstand-deutschland.de.***

Lösungswege aus der Staatsschuldenkrise

Der Fachausschuss Banken und Finanzmarkt der Mittelstands-Union hat in einer Sitzung unter der Leitung des schwäbischen MU-Bezirksvorsitzenden Rupert Mößmer intensiv über Lösungen und Strategien der aktuellen Staatsschuldenkrise im Euroraum diskutiert. Regierungsberater Christian Fiedler präsentierte in seinem Vortrag zwei mögliche Optionen zur Lösung der Krise: „Entweder wir gehen zurück auf den Weg von Maastricht mit verschärften Kriterien oder wir machen uns auf den Weg in die Vereinigten Staaten von Europa. Eines von beidem muss kommen."

Der Landesvorsitzende der Mittelstands-Union, Hans Michelbach, warb intensiv für die erste Lösung, die auch von der christlich-liberalen Bundesregierung angestrebt wird. „Die von der Opposition geforderte Vergemeinschaftung der Schulden über Euro-Bonds lehnen wir klar ab. Dieser uferlose Weg ist falsch, und Bundeskanzlerin Merkel hat dies international auch verhindert", sagte Michelbach. Ebenso warb er für ein Miteinander von EFSF und neuen Verträgen mit automatischen Sanktionen bei Überschreitungen der Stabilitätsgrenzen: „Der EFSF mit der starken Parlamentsbeteiligung ist ein gutes Instrument, um angeschlagenen Staaten kurzfristig zu helfen. Der Rettungsschirm ist aber auch so konstruiert, dass er nicht zur dauerhaften Subventionierung für Pleite-Staaten werden kann."

Beschlossen hat der FA auf Vorschlag Mößmers einen Maßnahmenkatalog für die Probleme mit Änderungen für offene Immobilienfonds. So fordert der FA eine Anhebung der Frist für die Abwicklung von drei auf fünf Jahre, die Ermöglichung von Alternativen wie z. B. einer Umwandlung in einen Real Estate Investment Trust (REIT) oder eine Immobilien AG sowie eine Kontrollinstanz zum Schutz der Anleger. Rupert Mößmer riet eindringlich dazu, diese Vorschläge nun auch umzusetzen: „Immobilienfonds galten lange Zeit als sichere Anlage, viele Bürger haben unter anderem Teile ihrer Altersvorsorge so abgesichert. Es ist nun unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass diese Leute keinen Totalverlust erleiden."

FA-Leiter Rupert Mößmer (r.) dankt Regierungsberater Christian Fiedler für den informativen Vortrag

FACHKRÄFTEMANGEL BESEITIGEN

Konzept aus einem Guss

Unser Foto zeigt (v.l.n.r.): Robert Aigner, Staatsministerin Christine Haderthauer, MdL, FA-Leiter Bernhard Kösslinger

Der Fachausschuss Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik der Mittelstands-Union (FA) konnte unter der Leitung des stellvertretenden MU-Landesvorsitzenden Bernhard Kösslinger die bayerische Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, MdL, zu einer rund zweistündigen Diskussion begrüßen. Hauptthema waren der Fachkräftemangel sowie die Bestrebungen der CDU, einen allgemein verbindlichen Mindestlohn einzuführen. Kösslinger lehnte einen gesetzlichen Mindestlohn klar ab und forderte Staatsministerin Haderthauer auf, bei dieser Frage hart zu bleiben: „Der Mindestlohn vernichtet im großen Stil Arbeitsplätze. Es droht uns eine Insolvenzwelle von Unternehmen, insbesondere im produzierenden Gewerbe! Das müssen wir verhindern", sagte Kösslinger.

Haderthauer nahm dies auf und pflichtete ihm bei: „Wir wollten einen Bereich mit niedrigen Löhnen, um die Leute in Lohn und Brot und raus aus den sozialen Sicherungssystemen zu bringen. Jetzt dürfen wir nicht einknicken." Beim Fachkräftemangel lobte Haderthauer die Vorschläge und Initiativen des FA. Sie begrüßte die Beschlüsse im Koalitionsausschuss der Bundesregierung. „Allerdings dürfen wir nicht in der Zuwanderung von außerhalb Europas das einzige Lösungsmittel für das Fachkräfteproblem sehen. Mindestens genau so wichtige Lösungsansätze sind eine Verschiebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters nach oben sowie das ungenutzte Potenzial bei Frauen, die „nur" teilzeitbeschäftigt sind und gerne mehr arbeiten würden. Da haben wir noch erheblichen Aufholbedarf", erklärte Haderthauer.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

„Achtung Jungs, wir sind Spitze“

Die geringe Anzahl von Frauen in Führungspositionen und die Frage nach der Notwendigkeit einer Frauenquote waren das Thema des Abends. Geladen hatten die MIT Stuttgart und die Frauenunion der CDU. Das Publikum bestand aus 100 Frauen in verantwortungsvollen Positionen und Unternehmerinnen.
Ines Aufrecht, Leiterin Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart und Vorstandsmitglied der MIT Stuttgart, führte durch den Abend. In ihrer Begrüßungsrede forderte sie ein selbstbewussteres Auftreten von Frauen und ein verstärktes Engagement in Frauennetzwerken: „Frauenpower ist eine Bereicherung für die Gesellschaft und eine Chance für die Wirtschaft.“ Eva Maria Roer, Inhaberin der DT&SHOP GmbH, referierte zum Thema „Die Wirtschaft wird weiblicher“. Die anschließende Podiumsdiskussion wurde von der Stuttgarter Frauen-Unions-Vorsitzenden Dr. Donate Kluxen-Pyta moderiert.

Ines Aufrecht schloss den Abend mit einem Zitat des Milliardärs Rockefeller: „ Das Urteil meiner Frau war immer besser als meines. Ohne ihren scharfsinnigen Rat wäre ich heute ein armer Hund.“

MIT Wolfenbüttel

Holger Bormann ist weiterhin Vorsitzender der MIT Wolfenbüttel. Seine Stellvertreter sind Hans-Georg Felderhoff, Andreas Höfener und Wolfgang Gürtler. Zu Beisitzern wurden erneut Wolfgang Ulrich, Tim Strebe, Florian Rehm und Manfred Koch gewählt.

MIT Kreis Borken

Ludger Konrad ist neuer MIT-Vorsitzender im Kreis Borken. Der 45jährige Diplom-Ingenieur und Architekt wurde bei der Kreisversammlung der MIT einstimmig zum Nachfolger von Dr. Georg Matzel gewählt, der aus beruflichen Gründen nach 6 Jahren an der Spitze der MIT nicht erneut für den Vorsitz kandidiert hat. Konrad wird bei seiner neuen Aufgabe von den stellvertretenden Vorsitzenden Werner Vogel und Dr. August-Wilhelm Preuss unterstützt. Die stellvertretende Landrätin des Kreises Borken, Silke Sommers, wird auch weiterhin das Amt der Schriftführerin ausüben. Der Vorstand der MIT wird durch weitere 14 Beisitzer komplettiert.

Der neue geschäftsführende Vorstand der MIT Borken: Dr. August-Wilhelm Preuss, Bernhard Schemmer MdL, Silke Sommers, Ludger Konrad, Dr. Georg Matzel und Werner Vogel

Traditionelles Wildschweinessen der MIT Braunschweig

Auch in diesem Jahr konnte die Braunschweiger MIT-Vorsitzende Sabine Kleinke zahlreiche Gäste zum traditionellen Wildschweinessen begrüßen. Als Gastredner konnte Markus Böger, Mitarbeiter im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen und zuständig für Verfassungsschutz, gewonnen werden. Nach einem Rückblick auf die erfolgreiche Arbeit der MIT im Jahre 2011 durch Sabine Kleinke hielt Böger einen Vortrag zum Thema „Wirtschaftskriminalität und Spionage – Ist Ihr Unternehmen gefährdet?“. Neu war den Gästen, dass weniger Konzernunternehmen als vielmehr kleine und mittelständische Unternehmen gefährdet sind. Letztere investieren weniger Geld, um sich vor Spionageaktivitäten zu schützen. Dieser Umstand ist Kriminellen bekannt, die aus diesen Gründen gezielt KMUs ins Visier nehmen. Daher sollten vor allem kleine und mittlere Unternehmen ihre Sicherheitsvorkehrungen regelmäßig kontrollieren und eine Sensibilisierung der Mitarbeiter durch regelmäßige Schulungen vorgenommen werden.

Hotelfrühstück

Worin unterscheidet sich ein gutes Hotel von der eigenen Wohnhöhle? Du kennst deine Nachbarn nicht, aber die Geräusche, die sie beim Sex machen. Du bist froh, dass du nicht weißt, wer in der Nacht vorher (mit wem) in deinem Bett geschlafen hat. Du musst beim Einschalten des Fernsehgerätes darauf achten, dass du nicht auf die fleischfarbenen Bezahlkanäle kommst. Im Badezimmer wirst du aufgefordert, die Handtücher auf den Boden zu werfen oder sie weiter zu benutzen, um so die Welt zu retten. Die Früchte auf dem Obstteller sind weich wie Porzellan, die Flasche Premium- Mineralwasser kostet sieben Euro fünfzig und die Matratze ist hart wie eine Guantanamo-Pritsche.

Und wenn du dich fein gemacht hast und mit dem Fahrstuhl zur Gala in den großen Saal fährst, musst du hinnehmen, dass Gäste mit Bademantel, Aldiletten und gelben Fußnägeln mit dir fahren, weil sie den Abend im Wellness- und Beauty-Ressort verbringen wollen.

Um drei Uhr Nachts wachst du mit Kopfschmerzen auf, weil das siebte Bier wohl schlecht war. Du hast kein Aspirin dabei, rufst den Nachtportier an und sagst ihm, dass du ein Problem hast. Darauf hin nennt er dir die Nummer vom Callgirl-Service. Du sagst ihm, dass bei dir quasi das andere Ende, der Kopf angeschwollen sei. Er meint enttäuscht: „Ach so…“ und schickt dir drei Aspirin aufs Zimmer.

Am nächsten Morgen geht es nachterschöpft zum Frühstück. Das Frühstücksbuffet in einem deutschen Hotel gehört zu den großen Mysterien dieser Welt. Die Brötchen stammen nicht vom Bäcker. Es handelt sich vielmehr um Tiefkühlbacklinge, die von Leichtlohnkräften schockerhitzt wurden. Sie beenden ihr kurzes Leben als glitschiger Mehlklumpen in deinem Schlund. Die Butter ist von marmorner Konsistenz, die Eier sind so hart, dass der Löffel daran zerbirst. Der Schinken am Rührei ist papierdünn und von kristalliner Struktur. Du pickst mit der Gabel rein und der Schweinestreifen zerspringt wie ein Porzellanteller auf Granit.

In allen Hotels dieser Welt gibt es Obstplatten mit je einem Drittel Ananas, Wasser- und Honigmelone, fein drapiert. Ständig jedoch ist die Ananas abgegriffen und der Melonenkram dörrt vor sich hin. Die Innovationskraft von Hotel-Frühstücksbuffet-Designern ist ungefähr so groß wie das Demokratieverständnis der nordkoreanischen Staats- und Parteiführung.

Nachdem du dir endlich alles für das große Frühstücksvergnügen zusammengestellt hast, gehst du schnell noch zur Rezeption, um dir eine Tageszeitung zu besorgen. Du kommst zurück und deine ganze leckere Pracht ist abgeräumt. Du reklamierst empört und die Servicekraft stottert rotohrig: „Ach herjee, ich dachte, Sie seien schon gegangen…“

Oft wird man beim Platznehmen gefragt, welches Zimmer man denn gemietet habe. Ich nenne dann oft eine fremde Zimmernummer, gehe nach dem Frühstück ein paar Runden schwimmen und frühstücke dann ein zweites Mal. Und am Eingang steht dann oft ein Gast mit wutrotem Kopf und debattiert mit dem Personal, das ihm unterstellt, er hätte doch bereits gefrühstückt…

Manfred Degen ist vielen bekannt als der Sylter Insel-Kabarettist, tritt aber auch bundesweit auf und ist auf Firmenevents oder Incentive-Veranstaltungen ein gern gesehener und viel gebuchter Unterhaltungskünstler

Info: www.Manfred-Degen.de

BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

Sie glauben gar nicht, wie froh ich bin, wieder auf meiner Berliner Baustelle zu sein. Meine anheimelnde Baubude, der Lärm der Charitéstraße, die vielen wichtigen, unentbehrlichen Menschen, die auf ihrem Weg zu Arbeitsessen, Meetings, Briefings, Get-Togethers und anderen Mega-Events an meinem Fenster vorbeieilen oder (meistens) fahren – dieser ganze vertraute Wahnsinn, das Hauptstadt-Gewusel, die Terminhatz, endlich wieder angekommen im richtigen Leben! Auch mein Sodbrennen ist wieder da, meine nächtlichen Wadenkrämpfe habe ich wieder, aber dafür sind meine Sorgenfalten verschwunden, die sich regelmäßig einstellen, wenn ich weniger als 40 SMS in der Stunde bekomme. Also: alles wie immer.

Wie beschaulich war es doch im Vergleich dazu bei unserem Bundeskongress in Deggendorf. Zahlreiche hilfsbereite, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, freundliche und aufgeschlossene Mitarbeiter, verlässliche Freunde, an ihrer Spitze Peter Erl – alles lief wie geschmiert. Zufriedene, unaufgeregte Delegierte und Amtsträger, selbst einen fehlenden Föhn konnten wir noch rechtzeitig beschaffen, aufmerksame Gastgeber und schönes Wetter.

Und das ging wenige Tage später in Leipzig beim CDU-Parteitag so weiter. Unsere fleißigen Mitarbeiter und Vorständler hatten den sichtbaren und inhaltlichen Auftritt der MIT hervorragend vorbereitet. Unsere elf Anträge „marschierten" so durch, der flächendeckende Mindestlohn wurde gestoppt, weitere beabsichtigte Wohltaten der Verteilungspolitiker verhindert. Alles weichgespült – stressfrei zwar und easy, aber unprofiliert. Die Kanzlerin sprach zwar mehrfach vom Kompass, aber hat der auch eine Nadel? Die WELT schrieb: „...rennt die CDU der Opposition hinterher, mit der sie inzwischen mehr verbindet als mit dem jetzigen Koalitionspartner FDP."

Unser Verteidigungsminister hat es uns ja gegeben, uns Konservativen, für Alt und für Neu. „Ein Konservativer trompetet nicht so durch die Gegend wie solche, die sich jetzt dafür halten!" Na so was! Und dann sagte er noch, dass der Euro ein Instrument sei und kein Wert an sich. Der Wert hingegen sei Europa. Ich zum Beispiel kenne keinen, der gegen Europa ist – schließlich sind wir WERT-Konservative. Aber ich kenne viele, die dagegen sind, dass wir mit dem INSTRUMENT EURO ganz Südeuropa zu retten versuchen und dabei Gesamt-Europa gegen die Wand fahren. Eben weil wir Europa als Wert schätzen, wollen wir es erhalten und die Krisenländer zu stärkerer Eigenverantwortung veranlassen, ich könnte auch sagen „zwingen".

Angela Merkel sagte auf dem Parteitag: „Die historische Bewährungsprobe unserer Generation ist zu zeigen, dass unser Europa es schaffen kann, diesen Augenblick der Krise zu nutzen." Wie recht sie hat, und ich füge hinzu: „Aber nicht um jeden Preis!"
Ach, wie schön und entspannt war es doch in Deggendorf und auch in Leipzig. Die Sachsen sind ein freundliches Völkchen, stolz auf ihr Land und darauf, was sie geschafft haben. Nun sitze ich wieder in Berlin in meiner Baubude und schreibe an der Baustelle.

Bald ist Weihnachten, dann machen wir hier die Schotten dicht, dann falle ich wieder in ein tiefes Loch. Und ganz da unten sitze ich dann und denke an Deggendorf, an Auerbachs Keller in Leipzig, an meine Abende in Oldenburg, Offenburg, Oberhausen, Osnabrück und Offenbach. Und dann habe ich plötzlich kein Sodbrennen mehr, vermisse keine SMS, versenke mein iPhone im Aquarium (ich hab' Gott sei Dank zwei) lege die Beine hoch (wegen der Wadenkrämpfe) glätte meine Stirn, schenke mir ein Glas Rotwein ein und lese die Beschlusssammlung vom Leipziger Parteitag 2003. Plötzlich schrecke ich hoch, weil ich davon geträumt habe, dass unsere Bundeskanzlerin ihre Neujahrsansprache mit den Worten beginnt: **„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Sparerinnen und Sparer! Heute ist ein großer Tag. Ab heute üben wir aktive Solidarität mit unseren südeuropäischen Brudervölkern. Wir haben unsere Goldreserven der EZB übergeben und sie ermächtigt, nach eigenem Ermessen darüber zu verfügen. Als erstes sollen die Pensionen der ledigen griechischen Offizierstöchter erhöht werden."**

Gott sei Dank, so stellte sich heraus, war es der Silvesterscherz eines übelwollenden Kabarettisten ...

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
dpa picture alliance

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen I, II, VI , VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 /394 953 36, Fax 0261 /394 953 37

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

+++Normen:Ticker+++

Aktualisierungsservice für Normen und technische Regeln

Das sind die Leistungen:

- Der Normen-Ticker überwacht für Sie Aktualität und Vollständigkeit Ihrer betrieblichen Normensammlung.
- Per E-Mail werden Sie mit allen wichtigen Informationen versorgt: Monatsaktuell aus den Datenbanken des DIN und zugeschnitten auf die Dokumente, mit denen Sie individuell arbeiten.
- Ihnen entgeht keine für Sie relevante Entwicklung in »Ihren« Normen/ technischen Regeln.

Das sind Ihre Vorteile:

- Der Normen-Ticker hilft bei der Nachweispflicht verkehrsüblicher Anforderungen an Sachen und Werken, um gesetzlichen Gewährleistungsansprüchen zu begegnen.
- Der Normen-Ticker hilft Ihnen dabei, Zeit, Personaleinsatz und Verwaltungskosten zu sparen.
- Auf Wunsch auch mit automatischer Lieferung von neuen wichtigen Dokumenten zu den jeweils aktuellen Listenpreisen.

Ein toller Service – ganz besonders auch für Betriebe mit Normensammlungen in der Größenordnung von 10 bis 150 Dokumenten.

Gilt als QM-Nachweis

Sie können jetzt günstig in den Normen-Ticker einsteigen – für die Überwachung von bis zu 25 Normen veranschlagen wir **nur 78,00 EUR/Jahr!**

Hier können Sie sich informieren:

www.normenticker.de

Ein Service von Beuth
Berlin · Wien · Zürich

Steigenberger denkt wie Vodafone: Teamwork ist alles.

Vodafone macht Teamwork und Organisation für Steigenberger leichter als je zuvor – mit Microsoft® Office 365. Schalten auch Sie Ihr Business auf Erfolg.

Kommunikation im Netz von morgen.

power to you

Arco Buijs
Chief Executive Officer
Steigenberger Hotels AG